

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 9. März 2002

112. Jahrgang Nr. 31.343

Fischer-Visite

Buenos Aires (dpa) - Bundesaußenminister Joschka Fischer hat am Freitag die deutsche Unterstützung für Argentinien bei den Verhandlungen über neue Finanzhilfen bekräftigt. Deutschland werde sich im Rahmen seiner "Möglichkeiten" bei den internationalen Finanzinstitutionen für das Land einsetzen, sagte Fischer nach einem eineinhalbstündigen Gespräch mit seinem Amtskollegen Carlos Ruckauf. Fischer beendete in Buenos Aires seine fünftägige Südamerikareise, die ihn zuvor nach Peru und Chile geführt hatte. Argentinien sei ein sehr wichtiges Land für den Kontinent und auch für das Verhältnis Europas zu Lateinamerika, betonte Fischer. Man dürfe es nicht abschreiben. "Nur die Hauptanstrengungen müssen selbstverständlich jetzt von Argentinien erbracht werden", betonte der Minister.

Er habe auch das Thema der während der Militärdiktatur (1976-1983) verschleppten und seither verschwunden Deutschen angesprochen. Die deutsche Justiz ermittelt hier und wird dabei von der Bundesregierung unterstützt. Argentinien lehnt die Auslieferung der Beschuldigten ab. "Versöhnung kann es nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit geben", sagte Fischer. "Die Familien der Opfer haben einen Anspruch darauf."

Schließlich sei auch über die Forderung der Siemens AG auf Schadensersatz von Argentinien gesprochen worden. Das Unternehmen macht 300 Millionen Euro geltend, weil der Staat einen Vertrag über die Herstellung von Personalausweisen und den Aufbau einer elektronischen Kontrolle der Ein- und Ausreisen im vergangenen Mai aufgekündigt hatte. Man wünsche sich hier, "dass die Probleme möglichst schnell im Einvernehmen gelöst werden", betonte Fischer.

Duhalde als Sozialtribun

Nach zweimonatiger Amtsführung als designierter Präsident ent-puppt sich Senator Eduardo Duhalde je länger desto deutlicher als ein Politiker frühperonistischer Prägung, wie seine Neigung zeigt, neue Steuern einzuführen, um soziale Leistungen zu finanzieren.

In seiner ersten abgelesenen Botschaft vor beiden Kammern des Kongresses am 1. März zur feierlichen Eröffnung der ordentlichen Sitzungsperiode bis Ende November bekundete Duhalde eine reichlich an den Haaren herbeigezogene Auslegung der jüngsten Geschichte. Zur Begründung der von seiner Regierung beschlossenen Abwertung von einem Peso je Dollar auf vorerst über zwei Pesos, die bereits fühlbare Inflationsschübe nach sich zieht und gewaltige Einkommens- und Vermögensverschiebungen mit sich bringt, behauptete Duhalde frei von der Leber weg, dass damit eine Wirtschaftspolitik beendet wurde, die nach der gewaltsamen Absetzung der damaligen peronistischen Regierung am 24. März 1976 eingeläutet wurde und ununterbrochen bis Ende 2001 gedauert habe. Damit warf Duhalde die vier Militärpräsidenten, ferner Alfonsín und Menem sowie zuletzt de la Rúa in einen Topf, als ob diese Geschichtsklitterung glaubhaft wäre.

Während die Wirtschaft pausenlos absackt, die Steuereinnahmen fallen, die Arbeitslosigkeit und die Geschäftsschliessungen grassieren, verheisst Duhalde baldige Erholung, als ob eine Abwertung die Exporte dermassen expandieren würde, was mitnichten eintritt. Vorerst fallen auch die Ausfuhren, weil die Zahlungen nach der Abwertung ins Stocken geraten und die Importe, ohne die keine Exporte möglich sind, ebenfalls leiden.

Das Herzstück der mit allerlei unglaubwürdigen Versprechungen gespickten Präsidentenadresse an den Kongress war jedoch der Vorschlag Duhaldes, statt einer Million arbeitsloser Familienoberhäupter, die sein kurzlebiger Vorgänger Adolfo Rodríguez Saa erwähnt hatte, mit zwei Millionen gleich doppelt so viele mit Sozialleistungen von angenommenen 150 Pesos im Monat zu beglücken.

Zu finanzieren sind diese Leistungen mit Etatposten von anderthalb Milliarden Pesos sowie einer neuen Steuer auf einen Teil der Gewinne, den grosse Schuldner einheimsen, nachdem ihre Dollarschulden eins zu eins zum Peso zwangsweise umgetauscht worden sind, während ihre Einnahmen beim Export auf über das Doppelte anwachsen und im Inland etwa um die Hälfte der Abwertung. Das bedeutet die grösste Weisswaschung privater Schulden der Geschichte zu Lasten künftiger Steuerzahler sowie der Banken als geprellte Gläubiger, indirekt auch deren Aktionäre.

Als dritte Finanzquelle peilt Duhalde private Schenkungen an. Hierfür sollen die von ihm vor Monatsfrist eingeleiteten Verhandlungen und Anhörungen, genannt Dialog, zwischen zwei Kirchenfürsten mit einem spani-

schen UN-Diplomaten auf Posten in Buenos Aires und zahlreichen Sprechern sozialer und wirtschaftlicher Verbände und Organisationen dienen. Dabei fällt zunächst die Empfehlung der Agrarsprecher auf, allen voran der Spitzenverband Sociedad Rural Argentina, eine Art Exportsteuer von 5 Prozent einzuführen, die privat, möglicherweise durch Caritas der katholischen Kirche, mittellosen Menschen zugeführt werden sollen. Der Wirtschaftsminister hat diese Exportsteuer per Dekret sogleich eingeführt, deren Einnahmen künftig treuhänderisch für Sozialleistungen verwaltet werden sollen. Die Sondersteuer auf Pesifizierungsgewinne wird vom Kongress vorangetrieben und soll Kleinunternehmen helfen.

Duhalde als Sozialtribun zielt offensichtlich auf eine künftige Machtbasis ab, sollte es ihm gelingen, zwei Millionen Familienoberhäupter zu subventionieren. Das würde acht bis zehn Millionen Menschen entsprechen, deren Monatseinnahmen, wiewohl recht dürftig, so aussehen, als ob sie direkt von Duhalde bezahlt werden würden. Der amtierende Präsident wird sich nicht für die nächstjährigen Präsidentschaftswahlen stellen, wie er mehrmals hoch und heilig versprochen hat. Seine Gattin, die bereits in den Medien als Ersatzkandidatin gehandelt wurde, schloss er als untauglich für das Amt aus. Sie bleibt unterdessen die deutliche politische Kraft, die ihn als Sozialtribun in den Vordergrund rückt.

All dies, ebenso wie der Wunschtraum Duhaldes, auf dem Umweg einer Verfassungsreform die traditionelle Präsidentschaft durch einen vom Kongress designierten Premierminister wie im französischen Parlamentarismus zu ersetzen, erscheint im gegenwärtigen politischen Umfeld als schwer machbar, zumal die Unruhe mit Gewaltausbrüchen die Szene beherrscht.

Die Kundgebung der Anhänger Duhaldes vor dem Kongresspalast, während er seine Rede hielt, die seine getreuen Bürgermeister in Gross-Buenos Aires organisiert hatten, stellte sich mit 10.000 bis höchstens 15.000 Kundgebern eher als ein Fiasko denn als Erfolg für einen Sozialtribun heraus. Perón pflegte vor einem halben Jahrhundert viel mehr Getreue zur Plaza de Mayo zu locken, die nach seinen Volksreden friedlich heimkehrten. Jenes politische Kunststück nachzuahmen, fällt Duhalde entschieden schwer.

SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

„Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten“ Tageblatt-Herausgeber Dr. Roberto T. Alemann bedroht

Wie in den siebziger Jahren, als der Terror in Argentinien wütete, melden sich wieder Gewaltmenschen, die Unschuldige bedrohen und Furcht säen. Unser Herausgeber Dr. Roberto T. Alemann wurde dieser Tage in seiner Wohnung gleich zwei Mal telefonisch bedroht. Der erste Anruf warnte ihn, dass er sich demnächst vor einem Volksgericht zu verantworten habe. Das geschah frühmorgens um 5.30 Uhr. Der zweite Anruf, wenige Tage später um 11 Uhr abends meldete, dass eine Aktion mit Zerstörungen gegen ihn geplant sei.



Mit einem „Volksgericht“ sind die Todesurteile der siebziger Jahre gemeint, als die Terroristen ihre Opfer zuerst aburteilten, ohne sie anzuhören und eine Verteidigung zuzulassen, und dann Todeskommandos entsandten, um die Opfer umzubringen. Dr. R.T. Alemann erfuhr im August 1974, wie diese Kommandos vorgehen, als ein Kommando vor seiner Wohnung erschien, nachdem seine Gewohnheiten erkundet worden waren. Drei an der Zahl, zwei davon in einem geparkten Auto und der dritte als Wachmann gegenüber der Wohnung, warteten sie, dass das Opfer zur gewohnten Stunde die Wohnung verließ. Von einer freundlichen Nachbarin gewarnt, die die Terroristen aus ihrem Fenster beobachtet hatte, blieb Dr. Alemann zu Hause und benachrichtigte die Polizei. Sie eilte herbei, war aber auf ein Auto anderer Marke und Farbe von der Zentrale anvisiert worden, wo ein Terrorist in Polizeiform am Hebel sass, wie sich später herausstellte. Am dritten Tag, nachdem auch am zweiten Tag die Festnahme der Terroristen gescheitert war, kam es zu einer Schießerei mit der Polizei. Die Terroristen hatten eine Granate gegen das Polizeiauto geworfen, jedoch als Stümper veressen, sie zu entschern. Sie entkamen den Schüssen des Polizisten. In ihrem gestohlenen Auto wurde nachher eine zweite Granate gefunden. Danach erhielt Dr. Alemann Polizeischutz vor seiner Wohnung.

Die zweite Bedrohung entspricht etwa der im argentinischen Jargon als „escrache“ umschriebenen Kundgebungen mit Plakaten, Gebrüll, Wandbeschmierungen und dergleichen vor den Wohnungen prominenter Politiker, wie sie seit mehreren Monaten laufend üblich sind. Dr. Alemann übt seit bald zwanzig Jahren kein öffentliches Amt mehr aus, hat sich keinerlei Verbrechen schuldig gemacht und meldet sich in den Medien nur auf Anfrage. Offenbar ärgert das die Lehrlinge des Terrors, die Furcht verbreiten, um ihre Gegner zu verängstigen. Das soll den Weg zur Macht ebnen. „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten“ (Goethe, Faust, I. Teil Zueignung).

Randglossen

Wenn nach dem deutschen Lied das Wandern des Müllers Lust ist, dann gilt in Argentinien das Reisen als die Lust der Bürokraten. Kaum steht ein Reisettermin an, schreiben sich allerlei Bürokraten ein, damit sie auf Staatskosten mitreisen dürfen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank hält dieser Tage ihre Jahresversammlung in Fortaleza, im Norden Brasiliens, ab. Ganze 41 Bürokraten erreichten schnellstens, auf die Liste der Reiselustigen eingeschrieben zu werden. Die Präsidentengattin „Chiche“ Duhalde setzte sich indessen mit ihren Bodyguards und Mitarbeiterinnen ab, kaum dass sie erfuhr, dass so viele Bürokraten mitreisen. Sie bleibt zu Hause, obwohl das von ihr koordinierte Sozialressort mehrere Darlehen bei der Bank beantragt. Das kann man sicherlich genauso gut oder noch besser zu Hause im Amt verrichten. Zudem ist Fortaleza sicherlich kein attraktives Reiseziel wie etwa Paris, Madrid oder New York.

Nur zwei Monate waltet Präsident Duhalde seines Amtes als vom Kongress designierter Staatschef und schon melden sich Gerüchte über bevorstehende Kabinettswechsel. Die meisten Mitarbeiter des Präsidenten entstammen seinem engsten Kreis aus der Provinz Buenos Aires, die er immerhin acht Jahre lang regiert hatte. Einige wenige kommen aus dem Landesinneren und werden offenbar vom engsten Mitarbeiterkreis politisch nicht für voll genommen. Die Gerüchteküche brodelte heiss in diesem Kreis, der wie alle machthungrigen Politiker in der Welt mögliche Gegner oder Andersdenkende ablehnt und hinausmogeln will. Duhalde überlegt es sich freilich längere Zeit, sagte niemanden, ausser vielleicht seiner vertrauten Ehegattin, welches seine Absichten sind und dementiert munter angeblich bevorstehende Kabinettsreformen. Bis sie dann doch eintreten.

Schon der Kanzler hat angedeutet, wo Argentinien derzeit steht. Nicht einmal 24 Stunden hat er sich in Buenos Aires aufgehalten. Das war nicht mehr als ein Höflichkeitsbesuch, ein bisschen Schulterklopfen für den Freund in der Not. Für Schröder war Argentinien das dritte Ziel nach Brasilien und Mexiko, den wirtschaftlich stärksten Ländern Lateinamerikas. Auch Außenminister Joschka Fischer betritt auf seiner Lateinamerikareise argentinischen Boden. Nach Peru und Chile, wo er sich je einen Tag aufgehalten hat, war er ganze zwei Stunden in Buenos Aires, inklusive Hin- und Rückfahrt zum Flughafen. Fischer traf seinen Amtskollegen Carlos Ruckauf und verabschiedete sich wieder. Eine geplante kurze Ansprache beim deutsch-argentinischen Seminar im Hotel Alvear wurde gestrichen. Flugtechnisch gesehen ist das eine Notlandung, politisch gesehen ein Unhöflichkeitsbesuch.

WOCHENÜBERSICHT

Demonstration

Zahlreiche gewerkschaftliche und soziale Organisationen, die zusammen den sogenannten „Bloque Piquetero Nacional“ (Landesweiter Block der Straßenblockierer und organisierter Demonstrantentrupps) bilden, haben am Dienstag die Durchführung eines Demonstrationszuges in die Hauptstadt beschlossen. Die Teilnehmer werden am Montag aus den verschiedenen Provinzhauptstädten abmarschieren. Eine große Schlussveranstaltung ist für den Freitag auf der Plaza de Mayo vorgesehen. Marschmotto: Wiedereröffnung geschlossener Fabriken, Arbeitsplätze und Lebensmittelhilfen.

Politische Reform

Das Projekt der vielbesprochenen politischen Reform ist am Mittwoch nach langem Hin und her in der Abgeordnetenkommission für Verfassungsangelegenheiten gelandet. Die Parlamentarier äußerten die Absicht, unmittelbar mit den Beratungen und der Analyse zu beginnen. Eine der vorgesehenen Neuerungen - sie wäre grundlegend - ist die Schaffung eines parlamentarischen Kontrollgremiums, das die Einhaltung der Wahlgesetze kontrolliert, so auch die Beiträge für die politischen Parteien betreffenden. Bisher obliegt diese Kontrolle den Ministern für Justiz und Inneres.

Gerüchteküche

Seit mehreren Tagen wird in der Casa Rosada über Änderungen im Kabinett gemunkelt. Was bisher mehr Gerücht als Gewissheit war, steht jetzt offenbar zur Debatte. Präsident Eduardo Duhalde, so verlautet, prüft derzeit wann diese Kabinettsumbildung stattfinden kann. Ein Regierungsbeamter, der Duhalde gut kennt, kommentierte, dieser neige zu der Ansicht, es sei „nicht der geeignete Zeitpunkt für eine Kabinettskrise“.

Menems Klage

Ex-Präsident Carlos Menem hat am Wochenende in seiner Heimatstadt Anillaco in der Provinz La Rioja vor mehr als hundert PJ-

Funktionären und Sympathisanten sowie in Anwesenheit seiner Frau Cecilia Bolloco eine Rede gehalten. Unter anderem stellte Menem fest, dass während seiner Regierungszeit Spanien fünf Millionen Dollar für die Fertigstellung der Nationalbibliothek gestiftet habe. Heute erhalte Argentinien wieder fünf Millionen Dollar, diesmal in Form von Lebensmitteln, was Anlass zur Scham sei.

„Chiche“ for President

Ungeachtet dessen, dass die Männer des Präsidenten beharrlich dementieren, wiederholen politische Beobachter ebenso beharrlich den Mittelpunkt des politischen Projekts von Duhalde für 2003,

nämlich die Präsidentschaftskandidatur seiner Frau Hilda „Chiche“ González. Diese Absicht beruhe, so heißt es, auf den Ergebnissen von Umfragen, die von der Mannschaft des Präsidenten in Auftrag gegeben wurden und die „Chiche“ ein außergewöhnlich gutes Image bescheinigen.

Unschuldengel

Der radikale Abgeordnete Leopoldo Moreau hat zum Wochenende erklärt, „die Politiker sind Opfer einer Verleumdungskampagne“. Gleichzeitig beklagte sich Moreau, dass einige Meinungsme-

dien „Ungeheuerlichkeiten verbreiten und dafür unbestraft bleiben“. Es sei die Wirtschaftspolitik Ricardo López Murphys, Miguel Angel Brodas und Domingo Cavallos gewesen, die „in einem engen Zusammenhang mit der schweren Krise“ stehe, die Argentinien derzeit durchmache, versicherte der Abgeordnete.

Blick in die Zukunft

Bei einer unüblichen Umfrage unter 100 Meinungsforschern hat ergeben, dass nach Ansicht der in Presse, Radio oder Fernsehen Tätigen die folgenden zehn Politiker

als mit den größten Aussichten für die Zukunft einstufen: Carlos Reutemann, Cristina Kirchner, Néstor Kirchner, Elisa Carrió, Juan Pablo Cafiero, Feliper Solá, Luis Zamora, Ricardo López Murphy, Jorge Capitanich und Aníbal Ibarra.

Lapsus Duhaldensis

Präsident Eduardo Duhalde sind in Ushuaia bei der Schuljahrsöffnung gleich zwei Versprecher passiert. Einerseits eröffnete er den „ciclo electivo“ (Wahlperiode) anstatt den „ciclo lectivo“ (Schuljahr), andererseits sprach der Präsident vom „año escolar 2003“

Plaza-Ermittlungen

Bundesrichterin María Servini de Cubría will in der kommenden Woche festlegen, wann sie Ex-Präsident Fernando de la Rúa und dessen ehemaligen Innenminister Ramón Mestre wegen des brutalen Polizeieinsatzes auf der Plaza de Mayo vernehmen wird.

„Argentinien steht nicht allein“

Sonderbotschafter des US-Präsidenten Bush in Buenos Aires

„Argentinien steht nicht allein“, war die Botschaft, die der Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Marc Grossman, am Dienstag Präsident Eduardo Duhalde im Auftrag von US-Präsident George W. Bush übermittelte. Duhalde bat den Abgesandten von Bush, dass die USA für die Aufhebung der blockierten Finanzhilfe des Weltwährungsfonds eintreten sollten. Außenminister Carlos Ruckauf seinerseits brachte neuerlich die Forderung nach einer größeren Öffnung des US-Marktes für argentinische Produkte aufs Tapet.

Grossman, die Nummer drei im US-State Department, kommt als eine Art politische „Belohnung“ für die eben erzielten präsidentalen Erfolge: Den Fiskalpakt mit den Provinzen und den verabschiedeten zu-rechtgestutzten Nationalhaushalt,

nach Buenos Aires. „Der Unterstaatssekretär kommt mit einer besonderen Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Außenminister, nämlich das Argentinien nicht allein steht und ein wichtiger Verbündeter der USA ist“, erklärte dazu der argentinische Botschafter in Washington, Diego Guelar, einer der Teilnehmer des Treffens in der Casa Rosada. Anwesend waren auch Außenminister Carlos Ruckauf und Wirtschaftsminister Jorge Remes Lenicov.

Mit Grossman war eine hochrangige Beamtin des US-Schatzamt, Kristen Forbes, gekommen. Ihrer Anwesenheit kommt besondere Bedeutung zu. Kaum zuvor hatte ihr Chef im Schatzamt, Paul O'Neill, scharfe Kritik an Argentinien geübt, das er als das „Paradebeispiel einer ungeordneten Gesellschaft“ bezeichnete. Vor einer

Gruppe von Unternehmern in Washington versicherte er, dass Duhalde keine US-Unterstützung für eine Finanzhilfe beim Weltwährungsfonds erhalte, „bis er das tun werde, was er tun müsse“.

Allem Anschein jedoch hat Duhalde das gemacht, was nach Auffassung der USA getan werden musste. Hier ist die Motivierung für den Besuch der Washingtoner Regierungsbeamten, die, welch ein Zufall, am gleichen Tag in Argentinien eintraf wie Anoop Singh, der an der Spitze einer Delegation des Weltwährungsfonds kam. Eben diese soll entscheiden, ob die internationale Finanzinstitution Argentinien am Ende doch mit frischen Mitteln hilft.

Guelar, der einzige Sprecher des Treffens, bestätigte, dass Duhalde und Bush am 22. März im mexikanischen Monterrey am Rande des

Weltgipfels für Entwicklung zusammenzutreffen werden, der unter dem Patronat der UN steht. Der Botschafter räumte in anderem Zusammenhang ein, daß über Mittel nicht gesprochen worden sei, doch habe Gossman ganz klar versichert, dass seine Regierung strikte Anweisungen von Präsident Bush habe, Argentinien in dieser Krise beizustehen.

Ruckauf seinerseits hatte dem Besuch Grossmans eine besondere Note durch den Hinweis auf erfüllte Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF): „Der Fonds hat uns im September einen Abschnitt der Finanzhilfe wegen der Schäden der Konvertibilität suspendiert. Heute haben wir einen floatenden Peso, einen Haushalt und einen Pakt mit den Provinzen.“ Grossmans Antwort war ein Kopfnicken, aber kein Wort mehr.

US-Kritik an Justiz und Polizei

Die Regierung der USA hat in dem am Montag veröffentlichten Jahresbericht des State Department über die Menschenrechte in der Welt die argentinische Justiz als „ineffizient“ qualifiziert und die „exzessive Härte“ in der Niederschlagung von Demonstranten in Frage gestellt. Hinsichtlich der Justiz ist die Regierung Bush der Ansicht, dass sie „generell unabhängig, doch ineffizient, mit beschränkten Mitteln und häufig Opfer von Einschüchterung und des politischen Einflusses“ ist. Betont wird zudem, „die Straflosigkeit ist ein Problem“, wenn es sich darum handle, Missbräuche zu ahnden.

Unter den ernstzunehmenden Übeln wird in dem Bericht „die Brutalität von Polizei und den Beamten in den Gefängnissen“ erwähnt. Außerdem wird auf die „Verantwortlichkeit von Polizeioffizieren im Zusammenhang mit dem gewaltsamen Tod von Häftlingen“, die „Korruption in der Polizei“ und die „Einschüchterung von Richtern und Zeugen durch die Sicherheitskräfte“ hingewiesen.

Als negatives Beispiel wird in dem Bericht mehrmals die bonaienser Polizei erwähnt, die der frühere Gouverneur und heutige Präsident Eduardo Duhalde vor fünf Jahren als „die beste der Welt“ bezeichnet hatte.

Senat gibt grünes Licht für Haushalt

Oberhaus erfüllt damit Bedingung des Internationalen Währungsfonds

Der Senat hat am Dienstag in erster und zweiter Lesung nach zölfstündiger Debatte den Haushalt 2002 ohne Änderungen verabschiedet. Von 60 anwesenden Senatoren stimmten 52 für die Vorlage. Die radikale Minderheit stimmte gegen einige Artikel. Der nächste Schritt ist die Promulgierung durch die Regierung, mit der einer Bedingung des Weltwährungsfonds für die Wiederaufnahme Genüge getan wird.

Ungeachtet der Verabschiedung durch die Senatoren wurde in der Sitzung die unmittelbare Verfassung einer „ley correctiva“ angekündigt, einer Ausgleichnorm, die einen großen Teil der Einwände der PJ- und UCR-Parlamentarier gegen einige Artikel berücksichtigen wird. Hinter vorgehaltener Hand ließen einige Senatoren durchblicken, dass die Mission des Internationalen Währungsfonds (IWF), die am Tag nach der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes in Buenos Aires eintraf, eben dieses Thema ganz besonders unter die Lupe nehmen werde. Gleichzeitig wurde jedoch versichert, „die Änderungen werden innerhalb der engen Grenzen der vorgesehenen Ausgaben erfolgen“.

In der ausgedehnten und ermüdenden Sitzung, die am Dienstagvor-

mittag begonnen hatte, beklagten sich fast alle Redner über den „institutionellen Bankrott“. Damit drückten die Senatoren die Unmöglichkeit aus, ihrer Rolle als Revisionsinstanz gerecht zu werden, da jede Änderung die Rückgabe an die Abgeordnetenkammer für eine neue Abstimmung erfordert hätte.

Es war der Vorsitzende der Haushalts- und Finanzkommission, der PJ-Senator Carlos Verna (La Pampa), der die Grenzen bereits bei der Eröffnung der Debatte festlegte: „Wir werden keine Änderung akzeptieren; es ist der mögliche Haushalt, aber es ist nicht der, der uns gefällt; er ist die Realität.“ Der UCR-Senator Raúl Baglini aus Mendoza verkündete danach, seine Fraktion werde in erster Lesung für die Haushaltsvorlage stimmen.

Baglini provozierte zudem eines der politischen Wortgefechte, an denen es in der Debatte nicht mangelte, als er Bezug nahm auf „die Stabilität der letzten zehn Jahre, die Teil einer Illusion waren...“. Auf den Schlipps getreten zeigte sich Ex-Präsidentenbruder Eduardo Menem, der

den Senator aus Mendoza mit den Worten unterbrach: „Ich möchte wissen, ob der Herr Senator davon ausgeht, daß das 50 Prozent betragende Wachstum in der Produktion auch eine Illusion war?“ „Nein,“ das wollte ich damit nicht sagen“, antwortete Baglini und wechselte unmittelbar das Thema.

Für die Geschichte bleibt ein Auszug der radikalen Senatoren aus dem Sitzungssaal, als einige Peronisten genüsslich über die Regierung de la Rúa herzogen und ihre Rückkehr, als ein Bote versicherte, es werde keine Sticheleien mehr geben.

Der nun verabschiedete Haushalt sieht Gesamtausgaben in Höhe von 42,844 Milliarden vor und Einnahmen von 39,844 Milliarden. Derart wird ein grundsätzliches Fiskaldefizit von drei Milliarden für das laufende Jahr eingeplant. Zudem projiziert die Regierung einen Anstieg der Preise um 15 Prozent sowie eine Abnahme der Wirtschaftsaktivität von 4,9 Prozent. Zahlreiche Wirtschaftsexperten halten diese Zahlen nicht für realistisch.

Lehrer vertagen den Schulbeginn

Fünf Millionen Schüler in sieben Provinzen betroffen

Am Montag eröffnete Präsident Eduardo Duhalde, entsprechend jahrelang geübter Praxis für die Zeremonie des Schulbeginns eine weitab von der Welt gelegene Schule auszuwählen, in einer Grundschule in Ushuaia das Schuljahr 2002. Rund 120 Polizeibeamte widmeten sich dem Personenschutz des Präsidenten, der mit seiner Frau „Chiche“ und Bildungsministerin Graciela Giannettasio eingeflogen war. Die Generalsekretärin der Lehrgewerkschaft CTERA, Marta Maffei, sah Anlass, die Wahl Duhaldes zu ironisieren: „Das nächste Mal wird er auf den Malwinen eröffnen, wie Ushuaia ein abgelegener Ort ohne Konflikte, während in sieben Provinzen, wo der Unterricht beginnen soll, gestreikt wird.“

Tatsächlich kamen die Worte der Eröffnung, die Duhalde in der Monsignore Fagnano-Schule sym-

bolisch für die ganze Republik sprach, in den Provinzen Buenos Aires, Catamarca, Corrientes, Entre Ríos, Jujuy, Río Negro und Tucumán kaum an. Die Lehrgewerkschaften hatten dort zum Streik für die Zahlung ausstehender Gehälter durch die Provinzregierungen und gegen Haushaltskürzungen aufgerufen.

Betroffen sind von der Kampfmaßnahme der Lehrer nicht weniger als fünf Millionen, obwohl mit einer niedrigeren Zahl gerechnet wird, da sich die Lehrer in privaten Schulen in der Regel nicht an den Streiks beteiligen.

Marta Maffei fügte ihren Duhalde ironisierenden Worten unkennd hinzu: „Das wird ein sehr schlechtes Jahr (...), schlechter als die Jahre zuvor, die schon schlecht waren.“

In anderen Jurisdiktionen aber wird das Schuljahr problemlos be-

ginnen. Dazu gehört die Hauptstadt, Chubut, Formosa, Santa Cruz, Santa Fe, Santisgo del Estero und Tierra del Fuego, mit zusammen rund 1,55 Millionen Schülern.

In der autonomen Stadt Buenos Aires begann in staatlichen und privaten Schulen am Montag das Schuljahr für die Grundstufen, rund 365.000 Kinder. Eine Woche später folgen ihnen die Schüler der Sekundarschulen. Die Stadtregierung eröffnete am Dienstag sechs Schulen und verteilte Unterrichtsbedarf unter den Kindern der Südzone.

Der Streik der bonaerenser Gewerkschaften des Sektors betrifft rund vier Millionen Kinder. Die im Provinzhaushalt durch die Regierung Felipe Solás festgeschriebene Kürzung der Mittel für die Sparte Bildung in Höhe von 550 Millionen vertieft die bereits tiefgehen-

den Krise im Bildungsbereich um einiges. Eine neue Facette gewinnt der Streik auf Grund der Einladung der zwei bonaerenser Gewerkschaften (FEB und Suteba) an die Adresse der Lehrer, zwar nicht zu unterrichten, doch in den Schulen Eltern und Schüler über die Gründe des Konflikts zu informieren.

In Buenos Aires, dem Distrikt mit den meisten Schülern, hatte es wochenlang gegärt. Die Spannung hatte sich dort am Donnerstag der vergangenen Woche noch weiter verstärkt, als die Legislative der Provinz ein Gesetz verabschiedete, das Änderungen in die bisher geltenden Bestimmungen hinsichtlich Mutterschaftsurlaub und Sonderregelungen für ländliche Gebiete einbringt. Außerdem beinhaltet die neue Norm Änderungen der Systeme von Stipendien und Pensionen, sowie in den Schulkategorien.

Gleiche Regeln für alle

Seminar zu den deutsch-argentinischen Beziehungen

Am Donnerstag und am Freitag trafen sich Repräsentanten der Republik Argentinien und der Bundesrepublik Deutschland zu einem Seminar über die Beziehungen der beiden Länder aus der Perspektive der möglichen Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und des Mercosur. Das Treffen wurde von der Friedrich Ebert-Stiftung, der Friedrich Naumann-Stiftung, der Hans Seidel-Stiftung, der Konrad Adenauer-Stiftung und dem Goethe-Institut Buenos Aires organisiert und stand unter der Schirmherrschaft der Deutschen Botschaft in Argentinien und dem Argentinischen Rat für Internationale Beziehungen. In mehreren Sitzungen brachten die Redner Beiträge zu Themen wie der bilateralen Wirtschaftspolitik, Reformen der Steuersysteme, der Kultur in den deutsch-argentinischen Beziehungen, der Rolle der Medien in der internationalen Kommunikation und dem politischen Dialog in den Zeiten der Globalisierung.

Zum Auftakt sprach Jürgen Morlok, Vorsitzender der Friedrich Naumann-Stiftung. „Wer das eigene Haus, das heißt die eigene Wirtschaft, in Ordnung bringt, der braucht keine Protektion, für den ist die Öffnung ein Gewinn“, so die Überzeugung des ehemaligen Vorsitzenden des baden-württembergischen Landesverbandes der FDP. Morlok stellte klar, dass die Liberalen in Deutschland immer eine Liberalisierung und Öffnung des europäischen Marktes auch auf dem Agrarsektor gefor-

dert hätten. So hätten sie beispielsweise Anträge auf eine weltweite Liberalisierung der Textilmärkte gestellt und einen Plan zur Beendigung der Exportsubventionen deutscher Agrarprodukte vorgelegt. „Leider“, so Morlok, „sind die Liberalen bis heute jedoch noch nicht die Partei, die in Deutschland das Sagen hat, das kann sich aber bald ändern“, bemerkte er in Anspielung auf die bevorstehenden Wahlen im September.

Es folgte ein Beitrag von Dr. Roberto T. Alemann, Herausgeber des Argentinischen Tageblatts und zweimaliger Wirtschaftsminister von Argentinien. Die Bestrebungen der EU zur Einrichtung einer Freihandelszone bezeichnete er als Heuchelei. Man spreche von Globalisierung und freiem Handel, wolle sich dem freien Wettbewerb aber nicht stellen. „Freier Handel bedeutet gleiche Regeln für alle“, forderte er deshalb. Seine Kritik richtete sich unter anderem gegen die Forderung der EU, die Zölle für Industriegüter innerhalb des Wirtschaftsraumes Europa - Mercosur abzuschaffen, während gleichzeitig die Zölle für die Einfuhr von Agrargütern nach Europa aufrechterhalten werden und europäische Agrarexporte durch Subventionen die Preise der südamerikanischen Konkurrenz unterlaufen. Dabei habe Argentinien auf dem Agrarsektor Produkte anzubieten, die die Qualität der europäischen Waren bei weitem überbieten können. Spätestens

seit Bundeskanzler Gerhard Schröder vor kurzem in Argentinien zu Besuch gewesen sei, sollte er wissen, dass eine Politik, die die Einfuhr von argentinischem Fleisch nach Deutschland erschwere, den Interessen der deutschen Hausfrauen nicht nachkomme, sagte er, begleitet vom Gelächter des Publikums.

Nach weiteren Beiträgen entspann sich eine Diskussion über die Öffnung der Agrarmärkte und die Doppelmoral der europäischen Protektionspolitik. Realistisch betrachtet sei mit einer weitgehenden Öffnung des Agrarmarktes in Europa nicht zu rechnen, ergänzte Morlok im Laufe des Gesprächs. Angesichts der Erweiterung der EU in Richtung Osten würden die Prioritäten vermutlich auf eine Integration der

neuen Mitgliedsstaaten gelegt, die in erster Linie Agrarstaaten sind.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Steuermodelle diskutiert. Dabei wurden auch Analysen vorgelegt, wie es zu der derzeitigen Wirtschaftskrise in Argentinien und der seit den 70er Jahren in Deutschland bestehenden hohen Arbeitslosigkeit kommen konnte. Argentinien und Deutschland können aus den Fehlern des jeweils anderen lernen, so der Konsens der Vortragenden.

Am Nachmittag wurden dann kulturelle und die Medien betreffenden Themen aufgegriffen (Seite 19).

Dietrich von Richthofen

Nach sieben Jahren wieder River

Rekordmeister schlägt Erzrivalen Boca Juniors in der "Bombonera"

Vielleicht lag es ja an der Gewitterfront, welche den vergangenen Sonntagmittag in Buenos Aires kurzzeitig in dunkle Nacht verwandelt hatte. Denn nachdem sich die pechschwarzen Wolken erst einmal über der argentinischen Hauptstadt entladen hatten, schienen sich auch die Gemüter der sonst so hitzköpfigen "Barabravas", den wilden Hooligan-Banden, abgekühlt zu haben. Der folgende Superclásico zwischen den Erzrivalen Boca Juniors und River Plate jedenfalls ging - vorsichtshalber überwacht von rund 1300 Polizisten - ohne nennenswerte Zwischenfälle über die Bühne, wie übrigens auch die restlichen neun Begegnungen des 6. Spieltags.

Bemerkenswert war an dem Derby, das angesichts der Wirtschaftskrise und den blutigen Fan-Krawallen der letzten Wochen mit fünf Toten erstmals seit Jahren nicht ausverkauft war, neben dem ruhigen Ambiente vor allem das Resultat: Mit dem verdienten 3:0 (2:0)-Auswärtssieg setzte sich der

Rekordmeister aus dem Stadtteil Núñez nach einem Drittel des Torneo Clausura der Saison 2001/02 mit 16 Punkten endgültig vom Rest des Feldes ab und eilt - den Kurzturnieren mit nur 19 Spieltagen sei Dank - nach drei Vizemeisterschaften en suite (hinter Boca, San Lorenzo und zuletzt im Dezember dem Racing Club) geradewegs auf den 30. Titel zu. Gimnasia La Plata liegt als Zweiter fünf Punkte zurück, die Boca Juniors, die selbst beste Torchancen nicht nutzten, rutschten vorerst ins Mittelfeld und -Maß ab.

Doch was den Sieg gegen das verhasste Boca für River Plate erst so richtig süß machte: So "geschleckt" wie am Sonntag hatten die "Millonarios" in der "Bombonera", der Pralinenschachtel der Boca Juniors, seit 1994 nicht mehr. Damals war den Rot-Weißen beim 3:0 der letzte Coup beim Lieblingsfeind gelungen. Jetzt sorgten Esteban Cambiasso (27.), Eduardo Coudet (42.) und Ricardo Rojas (89.) mit einem herrlichen Heber für das déjà-vu.

Den blau-gelben Verlierern blieb nur der Trost, nach nun 170 Superclásicos noch immer die Statistik mit 62 zu 57 Siegen (51 Spiele endeten unentschieden) anzuführen. Ansonsten begann für Boca nach der glorreichen, knapp vierjährigen Ära unter Trainer Carlos Bianchi mit sechs Titeln an diesem Sonntag endgültig eine neue, allem Anschein nach weit aus weniger goldene Zeitrechnung.

Während der seit Januar amtierende uruguayische Trainer Oscar Washington Tabárez in dem Derby seinen verletzten Spielmacher Román Riquelme schmerzlich vermisste, konnte Kollege Ramón Díaz bei River Plate einmal mehr aus dem Vollen schöpfen. Mit den Nationalspielern Ariel Ortega (bereits sieben Treffer), Cambiasso und dem U20-Weltmeister Andrés D'Alessandro sind die "Millonarios" im Kreativbereich hochkarä-

tig besetzt und der Konkurrenz spieltechnisch klar überlegen.

Zudem hat die renommierte Talentschmiede des Rekordmeisters in diesen Wochen erneut einen Himmelsstürmer ausgespuckt: Fernando Cavenaghi, gerade mal 18 Jahre alt, schoss in den ersten vier Saisonspielen sagenhafte acht Tore und stellte damit einen argentinischen Uralt-Rekord ein. Gegen Boca traf der Newcomer aber nur den Pfosten. Coach Díaz kann es sich daher sogar leisten, den Tor-schützenkönig des Apertura, Martín Cardetti (17 Treffer), wegen Meinungsverschiedenheiten gar in

die vierte Mannschaft zu verbannen.

Endgültig aus den Stadien verbannt werden sollen derweil auch die "Barabravas". Unter der Woche einigten sich bei einem Gipfeltreffen Regierungsvertreter und Funktionäre des Argentinischen Fussballverbandes AFA auf härtere Strafen für Hooligans. Demnach könnten Rowdys je nach Schwere des ihnen angelasteten Delikts künftig sogar lebenslang hinter Gittern landen. Wann der Gesetzesentwurf vom Parlament verabschiedet wird, ist aber noch offen.

AUSFLÜGE UND REISEN

Österlicher Kreuzweg unter Wasser

Zum zweiten Mal wird anlässlich des bevorstehenden Osterfestes in Puerto Madryn (Chubut) die Passion des Herrn unter Wasser durchgeführt.

Initiator der Veranstaltung ist Pater Gabriel Arias, der bereits den ersten Unterwasser-Kreuzweg voriges Jahr in den kristallklaren Wassern des Golfo Nuevo organisierte und das Schauspiel für Profitaucher diesmal wiederholen will.

Um teilnehmen zu können, muss man allerdings entweder einen Taucherschein vorweisen oder in der Taucherschule Open Water von Madryn einen Tauchkurs absolvieren. Auskunft in der Casa de la Provincia del Chubut, Sarmiento 1172, Fernruf 4382-2009.

An dieser Stelle sei auch daran erinnert, dass, wie bereits seit mehreren Jahren üblich, im Hochtal von Taffí del Valle (Tucumán) am Karfreitag ein Passionsspiel stattfindet, das dem von Oberammergau - Kreuzigung inklusive - nachempfunden ist und Besucher in Scharen anzieht.

Gesunde Ferienzele

Auf Bäderekuren spezialisiert ist das Reisebüro Ajax, das eine reiche und interessante Auswahl von Thermalquellen als Ferienzele anbietet.

Das Büro führt in seinem Programm die Thermalquellen von Arapey (Uruguay), Federación, Salto Grande, Concordia und Carhué in kostengünstigen Paketen, aber auch das Sanatorio Diquecito und die Posada del Quenti, beide in Córdoba, stehen im Angebot.

Auskünfte unter 4327-1616 oder e-mail ayaxtermas@speedy.com.ar.

Geschenke Meilen

Bei Dinar Líneas Aéreas bekommt der Reisende, der häufig die Linieneinflugzeuge benutzt, nun einen Bonus. Beim Einchecken erhält der Kunde auf Verlangen einen Dinares-Coupon, der später bei einer bestimmten Gesamtsumme von Punkten gegen eine Gratis-Passage eingetauscht werden kann. Auskünfte unter 0810-555 DINAR.

Ausserdem bietet Dinar Ausflugs Pakete für jeweils drei Nächte zu 199 Pesos (Passage plus Hotel) zu folgenden Bestimmungsorten: Puerto Madryn, Villa La Angostura, Salta, Jujuy, Mendoza, San Martín de los Andes, San Carlos de Bariloche und San Miguel de Tucumán.

Marlú

TABELLE

Fußball

Copa Libertadores Vorrunde, Auszug

Boca Juniors - Montevideo Wanderers (Uru) 2:0, River Plate - Tuluá (Kol) 2:0, Peñarol (Uru) - San Lorenzo 1:0, Nacional (Uru) - Vélez 2:2.

Torneo Clausura

Fünfter Spieltag: Racing Club - Talleres 3:0, San Lorenzo - Independiente 0:1, Chacarita - Boca 1:1, River - Nueva Chicago 0:0, Colón - Vélez 1:1, Argentinos Jrs. - Unión 1:1, Gimnasia LP - Banfield 1:1, Belgrano - Newell's 0:1, Rosario Central - Huracán 0:2, Lanús - Estudiantes LP 1:1. Nachholspiel: Racing - Rosario Central 1:0.

Tabellenspitze: 1. River 13 Punkte, 2. Newell's 10, 3. Boca, Huracán und Independiente, alle 9.

Das Phänomen Salsa

Obwohl Salsa in Argentinien „boomt“, hat die Szene gerade 1000 Mitglieder

Was verbirgt sich hinter dem heissen lateinamerikanischen Tanz, dessen Wurzeln aus Kuba stammen? Salsa wird heutzutage nicht nur in Lateinamerika, sondern auf der ganzen Welt mit Begeisterung getanzt. Bei den echten Fans heisst es: Wer einmal angefangen hat, Salsa zu tanzen, wird nie mehr davon loskommen. Salsa ist für viele eine richtige Sucht.

Auch Buenos Aires hat eine Salsa-Szene. Da viele Argentinier nicht so recht Gefallen an ihrem ursprünglichen Tanz, dem Tango, zu finden scheinen, suchen sie nach Paartanzalternativen. Neben Rock'n Roll ist Salsa der angesagteste Paartanz. Doch obwohl Salsa in Argentinien schon lange „boomt“, hat die Szene gerade mal 1000 Mitglieder.

Leonel Vivos ist einer dieser Salsafans. „Ich werde wegen meines Fanatismus sogar ‚Taliban‘ genannt“, lacht er. Doch fing seine Begeisterung für den Salsa relativ unschuldig an: auf einer Geburtstagsfeier im Azúcar in Belgrano. Leonel hatte Salsa nie zuvor von Nahem gesehen und war beeindruckt davon, wie die Leute wussten, welche Schritte und welche Figuren sie tanzen würden, ohne sich vorher durch Worte zu verständigen. Zuvor kannte er nur den „Freikampf“ (lucha libre) auf der Discotanzfläche.

Laura hat über ihre Schwester zum Salsa gefunden und innerhalb nur eines Jahres ein bemerkenswertes Tanzniveau erreicht. Auch sie macht es nur aus Spass: „Ich hatte so viel Freude am Tanzen wie nie zuvor. Seitdem komme ich vom Salsa nicht mehr los, es ist spannend, neue Figuren zu lernen und sie in mein Repertoire einzufügen.“

Leonel ist auch vom sozialen Aspekt des Tanzes beeindruckt: „Die Leute beim Salsa sind warmherzig und kommunikationsfreudig, wir gehen nach dem Unterricht immer zusammen essen. Wir haben zur Regel gemacht, nie über unsere Arbeit zu reden. Für uns ist der Salsa eine Zuflucht vor der Krise.“

Ein weiterer Salsajünger, der die Musik zu seinem Beruf gemacht hat, ist DJ Pablo Marielli. Seit seinem 18. Lebensjahr arbeitet er als Discjockey und ist einer der angesehensten Salsa-DJs Argentiniens. Er wurde sogar als Gast-DJ zum Bacardi-Kongress nach Puerto Rico eingeladen. Er liebt seinen Job über alles und behauptet, die Musik komplett zu fühlen. „Die meisten DJs versuchen nicht einmal zu tanzen. Ich liebe es zu tanzen. Leider komme ich nicht sehr oft dazu.“ Ihn reizen die Vielfältigkeit der Musik und die unzähligen Interpretationsmöglich-

keiten im Tanz. Vom Können der Argentinier ist er allerdings nicht so recht begeistert: „Die Argentinier sind taub. Sie hören die Musik nicht. Man kann Argentinien nicht mit Puerto Rico vergleichen“, kritisiert er.

Obwohl für die meisten die argentinische Salsaszene nichts weiter als purer Zeitvertreib ist, gibt es auch jene, die professionelle Salsatänzer (*Bailarines* im Gegensatz zu *Bailadores*, wie man Laien schimpft) werden wollen. Diese Salsaeifrigen fahren meist zu jedem internationalen Salsakongress - wobei der Bacardi-Kongress der bekannteste ist. Adrián zum Beispiel hat erst vor zwei Jahren begonnen, sich für Salsa zu interessieren, hat jedoch schnell ein bemerkenswertes Niveau erreicht: „Nach 2 Monaten wollten die Leute schon von mir lernen. Ich habe nach 6 Monaten Tanzerfahrung angefangen zu unterrichten.“ Adrián reicht das Tanzniveau in Argentinien nicht. Durch die wirtschaftliche Lage besuchten keine guten Lehrer und Tänzer das Land, deshalb entwickle sich der Tanz nicht weiter. Auch kritisiert er die Tanzweise der Einheimischen: „Die Argentinier sind sehr steif, sie lassen sich nicht gehen und sind zu sehr darauf bedacht, keine Fehler zu begehen.“ So verlässt Adrián die „traurige und steife“ Stadt Buenos Aires auf der Suche nach dem „wahren“ Salsa.

Doch er ist einer von Wenigen. Die meisten, wie Laura oder Leonel, wollen ihren Alltag auffrischen und sich auf eine andere, gesunde Weise amüsieren. Für die meisten ist Salsa eben das: ein Zufluchtsort, wo man Gleichgesinnte trifft, sich austauscht und amüsiert und Kreativität in Tanz umsetzt.

Ein paar praktische Salsatipps:

Für Anfänger: Obwohl man sich, ohne den Grundschrift zu beherrschen, köstlich amüsieren kann, sollte man es, wenn man wiederkommen will, vermeiden. Die Salsaszene in Buenos Aires ist ziemlich klein, deshalb sollte man ein paar Stunden Tanzunterricht nehmen (Männer ein wenig mehr als Frauen), das reicht, um sich den Grundschrift anzueignen.

Für Fortgeschrittene, die neu in Buenos Aires sind: Nehmt ein paar Stunden für Fortgeschrittene, auch wenn ihr sie nicht braucht. Dort lernt man schneller neue Leute kennen, mit denen man später auf der Tanzfläche die neuen Schritte perfektionieren kann.

Ein wunderbarer Ort, um zur Salsawelt Zugang zu finden, ist der Park „Barrancas de Belgrano“. Dort ist die Atmosphäre weitaus „zugänglicher“ für Neuanfänger und zögernde Fortgeschrittene. In einem wunderschönen Pavillon kann man an Sonntagen von ca. 19.30 bis 23 Uhr tanzen, Mate trinken, sich unterhalten und einfach den Abend geniessen. (Im selben Park wird in einem überdachten Pavillon auch Tango getanzt.)

Ein weiterer Ort, wo sich Anfänger wohl und sicher fühlen können, ist die Trastienda (Balcarce 460, Tel.: 4342-7670). Mittwochs wird dort für nur 1 Peso um 21 Uhr Unterricht gegeben; danach kann man im stürmischen Salsagedränge problemlos untertauchen, denn am Unterricht nehmen mehr als 500 Leute teil.

Christina Reif

Rauchende Ärzte - ein schlechtes Beispiel

Auch wenn man glaubt, sie müssten es besser wissen, verfallen immer mehr argentinische Mediziner der Nikotinsucht. Das geht aus den Ergebnissen einer anonymen Umfrage hervor, die in der Tageszeitung „La Nación“ publiziert wurde. Carlos Alberto Paterno, Präsident der Gesellschaft für Herzerkrankungen, stellte mit seinem Kollegen Carlos Cúneo aus Salta die „Erste nationale und anonyme Erhebung zum Thema Tabak und Ärzte“ (TYM) vor. Diese wurde auf dem von Argentinien organisierten Ersten Kongress der Virtuellen Kardiologie in den Jahren 1999 und 2000 veröffentlicht. Die 1998 von Paterno und Cúneo im ganzen Land durchgeführte Untersuchung zeigte, dass 29% aller männlichen Ärzte und sogar 33% aller weiblichen Ärzte regelmässig rauchten.

Es müssten keine grossen Untersuchungen angestellt werden, um zu wissen, dass rauchende Ärzte gegenüber ihren Patienten nicht sehr überzeugend wirkten. „11% der Ärzte unseres Landes zünden sich sogar in Anwesenheit ihrer Patienten eine Zigarette an“, erklärte Doktor Paterno. Noch unerfreulicher sei die relativ hohe Anzahl (19%) der Ärztinnen, die sogar während ihrer Schwangerschaft dem Nikotinenuss nicht widerstehen könnten. „Wenn ein Patient sieht, dass sein Arzt der Tabaksucht verfallen ist, dann ist es für ihn selbstverständlich schwerer, sich selbst dagegen zu wehren.“

Was also tun gegen die rauchenden Ärzte? Paterno glaubt nicht, dass es sinnvoll ist, Verbotsschilder aufzuhängen. Er sieht vielmehr die Notwendigkeit darin, dass sich das Ministerium für Gesundheit, das Ministerium für Erziehung und die wissenschaftlichen Gesellschaften des Landes zusammensetzen und ein gemeinsames Anti-Raucher-Konzept überlegen. Paterno: „Ärzte sollen in Zukunft wieder als gute Beispiele dienen, denn das erwartet der Patient von ihnen.“

mar

Literaturpreis für Argentinien Alfaguara zeichnet Tomás Eloy Martínez aus

Der Sieger der diesjährigen Verleihung des Alfaguara-Literaturpreises ist kein Geringerer als Tomás Eloy Martínez. Der Argentinier gewann die mit 175.000 Dollar dotierte Auszeichnung für seinen Roman „El vuelo de la reina“ (Der Flug der Königin).

Applaus und Jubel gab es bei den Schriftstellern und Journalisten, die am vergangenen Montag der Videokonferenz im Hotel Melía in der Reconquista beiwohnten. Die Hauptveranstaltung fand in Madrid statt, wo die Jury zusammentraf und gemeinsam aus den insgesamt 433 Werken den Sieger ausmachte. Die Teilnehmer stammen aus 18 Ländern des spanischsprachigen Raumes, einschließlich dem Süden der Vereinigten Staaten. Argentinien schickte nach Spa-



(AP-Foto)

nien die meisten Bewerbungen, nämlich insgesamt 105, in den Wettbewerb.

Der Präsident der Preisgerichts war der Autor und Kulturpolitiker Jorge Semprún, ein Mann von internationaler Prestige, der nicht zuletzt durch seine zeitkritischen Schriften zum Spanischen Bürgerkrieg berühmt wurde. Die weiteren Jurymitglieder waren Rosa Regás, Néida Piñón, Carlos Monsiváis, Rosario Ferré, Agustín Díaz Yanes sowie Juan González. Alle sind angesehene spanischsprachige Schriftsteller, Verleger oder Journalisten.

In diesem Jahr wurde der Literaturpreis, 196.000 Euro und eine Skulptur von Martín Chirino, zum fünften Mal vergeben - und zum ersten Mal ging er nach Argentinien. Gerade in den Zeiten der Krise verleiht den Argentinern dieser Sieg Anerkennung und gibt ihnen neues Selbstbewusstsein. Was sie an Literatur hervorbringen, kann sich nach wie vor sehen lassen.

Tomás Eloy Martínez wurde 1934 in Tucumán geboren. Schon früh gewann er Preise mit seinen Gedichten und Erzählungen. Er schrieb Drehbücher und brachte zahlreiche Romane heraus. Zu seinen bekanntesten Geschichtsromanen gehören „La novela de Perón“ (Der Roman über Perón) und „Santa Evita“ (1995). Martínez, der heute in den USA lebt, schreibt für die „New York Times“. Außerdem ist er Direktor des Programmes für Lateinamerikanische Studien an der Rutgers Universität in New Jersey. Tomás Eloy Martínez zeigte sich sehr bewegt bei der Preisverleihung. Per Telefon beantwortete er die Fragen der Journalisten, die an sein Werk gerichtet waren. Die betübte Stimmung, die gerade jetzt unter den Argentinern herrscht, ist auch in seinem Roman wahrnehmbar. „El vuelo de la reina“ handelt von einer Liebesbeziehung zwischen dem älteren Chefredakteur einer angesehenen Zeitung und einer jungen Redakteurin. Eloy Martínez beschreibt darin die Macht der Politiker als „Welt der Korruption“.

mar

Aus Monologen Dialoge machen

Seminar über die argentinisch-deutschen Beziehungen

In der dritten Sektion des Seminars zum Thema argentinisch-deutsche Beziehungen ging es um die Bedeutung der Kultur im internationalen Dialog und im Zeitalter der Globalisierung. Die Redner äußerten sich zu Zielen und zentralen Auffassungen der Kulturpolitik in Argentinien und Deutschland.

Während der Konferenz fielen die Begriffe Multikulturalität, Pluralismus und Interkulturalismus, die zunächst sehr theoretisch klangen. Horst Hanischfeger, früherer Generalsekretär des Goethe-Instituts in München, begann mit einem geschichtlichen Rückblick und erklärte, dass bereits vor dem Ersten Weltkrieg deutsche Bildungseinrichtungen im Ausland entstanden. Damals sei die Idee des Deutschen Reiches gewesen, sich auf diese Weise Freunde im Ausland zu verschaffen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wäre es zu einem Umdenken gekommen: Kooperation und Dialog sollten nun die Hauptmerkmale der Kulturpolitik werden. Ein freudiges Geben und Nehmen also, und nicht mehr die egoistische Idee, einen politischen Bündnispartner für sich zu gewinnen. „Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft“, betonte auch Ex-UNESCO-Botschafter Carlos Floria und meinte damit die kulturelle Vielgestaltigkeit eines Staates. In der momentanen Krisenzeit solle der kulturelle Austausch beibehalten werden. Dr. Gabriele Althoff, die sich für den akademischen Austausch einsetzt, bestätigte, dass es weiterhin viele Studenten beider Seiten gebe, die an Austauschprogrammen teilnehmen.

Ex-UNESCO-Botschafter Víctor Massuh prägte den Begriff „Interkulturalismus“, was für ihn so viel wie das Spiel zwischen zwei Kulturen bedeute. Die „Harmonie der Gegensätze“ sei spiele dabei eine entscheidende Rolle und wirke sich für beide Seiten berei-

chernd aus. Rudolf Barth, Direktor des Goethe-Instituts in Buenos Aires, stellte den interkulturellen Dialog als äußerst wichtig dar. Unterschiedliche Auffassungen sollten seiner Meinung nach nicht unter den Teppich gekehrt, sondern diskutiert werden. Dies bestätigte auch Mons. Héctor Mandrioni, Professor der Katholischen Universität von Buenos Aires. Gegenseitiger Respekt sei ebenso wichtig wie der Austausch unterschiedlicher Ideen. Zusammenfassend sagte Moderator Günther Maihold, Direktor des Iberoamerikanischen Instituts in Berlin, dass aus Monologen Dialoge werden müssten. Dies sei eine große, aber konkrete Aufgabe.

In der vierten Sektion ging es um die Rolle der Informationsmedien und die politische Relevanz der Medien in Argentinien und Deutschland. Hildegard Stausberg, Redakteurin für Internationale Politik der Tageszeitung „Die Welt“, bedauerte, dass das Interesse der deutschen Zeitungen an Problemen in Lateinamerika abnehme. Nur die FAZ veröffentliche weiterhin regelmäßig Informationen über den mittel- und südamerikanischen Kontinent. Sie kritisierte allerdings auch, dass zu wenige argentinische Korrespondenten beispielsweise in Berlin vor Ort wären und sich vielmehr in Paris oder Rom aufhielten. Ihrer Meinung nach müsse das Klischeedenken aufhören und mehr Bilateralität entstehen.

Pedro Simoncini, Präsident der Santa-Clara-Programme, betonte, dass die audiovisuellen Medien für den kulturellen Austausch von großer Bedeutung seien. Zum Einfluss der Medien, besonders des Fernsehens, auf die Politik meinte Dieter Weyrich, Ex-Direktor der Deutschen Welle: „Medien rühren um, und ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte.“ Die öffentliche Meinung sei daher häufig etwas völlig anderes als die veröffentlichte

Meinung. Die Tatsache, dass argentinische Journalisten in der Bevölkerung ein höheres Ansehen genießen als deutsche - die mit Straßenkehrern zu vergleichen wären -, erklärte er damit, dass die Argentinier ihren Politikern weniger Vertrauen schenkten und sich daher an einer anderen Macht, nämlich an den Medien, festklammerten. Er plädierte für investigativen Journalismus, lange Recherchen und Distanz zum Thema.

Hartmut Hentschel, Direktor des Instituts für Marktforschung

und politische Studien, behauptete, dass die Wirkungsforschung der Medien unterbelichtet sei. Es fehle die prognostische Arbeit. Wie sein Vorredner glaubt er, dass die Medien in Argentinien mehr Einfluss auf die Meinungsbildung haben als in Deutschland. Insgesamt, so Moderator Frank Buchwald vom ZDF-Studio in Rio de Janeiro, müssten die Medien im bilateralen Dialog zwischen Argentinien und Deutschland in Zukunft eine größere Rolle spielen.

Marieke Kraft

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei genannte Dollarkurs schloss am Freitag Nachmittag zu \$ 2,28.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 5,2% auf 377,36, der Burcapindex um 2,0% auf 1.135,13 und der Börsenindex um 4,7% auf 18.775,08.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 4,1% auf \$ 0,8300.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 4.3.02 US\$ 13,73 Mrd., der Banknotenlauf \$ 13,21 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 14,04 Mrd. bzw. \$ 12,66 Mrd., einen Monat zuvor \$ 18,75 Mrd. bzw. \$ 11,54 Mrd. und ein Jahr zuvor \$ 25,77 Mrd. bzw. \$ 14,03 Mrd.

Mastellone Hermanos, das größte Molkereunternehmen des Landes, hat Privatverhandlungen über die Umstrukturierung seiner Verschuldung von rd. US\$ 500 Mio. begonnen. Die Firma hatte sich für ihre bedeutenden Investitionen in Auslandswährungen verschuldet und wurde durch die Abwertung des Peso arg in Mitleidenschaft gezogen. Die kurzfristige Verschuldung hat in einem Jahr auf US\$ 80,4 Mio. zugenommen. Ausserdem werden Obligationen für US\$ 225 Mio. fällig. Moody's hat die Schuld mit Ca benotet, Standard & Poor's mit

CC. Einer US-Investmentbank zufolge sollen die Obligationen von Mastellone Hermanos auf dem Sekundärmarkt zu 55,6% notieren.

Die ZB hat neue Pflichtreserven der Banken für Fristeinlagen festgelegt. Für auf mehr als ein Jahr eingetragene Festgelder beträgt die Pflichtreserve Null. Für Einlagen auf weniger als ein Jahr beträgt sie 40%. Die Rückstellungen, die Banken in der ZB hinterlegen müssen, wurden auf 60% der im Vormonat gültigen Werte festgelegt.

Telefónica de Argentina meldete an der Börse für das letzte Vorjahresquartal einen Verlust von \$ 35 Mio., Telecom Argentina einen von \$ 17 Mio. Die zugenommene Konkurrenz und die grössere Säumigkeit der Kunden hätten die negativen Ergebnisse bewirkt.

Die zwangsweise Vorauszahlung a Konto der Steuer auf Bruttoeinnahmen (Umsätze) in der Provinz Buenos Aires wird sich etwa 3 Wochen verzögern. Die Banken, die die Einbehaltungen von den Kundenkonten durchführen müssen, haben um diese technische Frist angesucht. Die Einbehaltungen von etwa 500.000 Konten werde am 25.3. beginnen. Sie soll der Schrumpfung der Steuereinnahmen um rd. 25% entgegenwirken. Einbehalten werde auch bei Kontenbewegungen mit Patacón, Lecop und anderen Ersatzwährungen.

Die Rechtsberater der ZB haben einem Bundesgericht in Mendoza mitgeteilt, dass die in der ZB hinterlegten Dollarreserven nicht pfändbar sind und durch keinen richterlichen Befehl beschlagnahmt werden können. Das Gericht hat das Dekret Nr. 320 über Erweiterungen bei der Depositen-einfrierung als verfassungswidrig erklärt und die Überweisung von rd. US\$ 1,6 Mio. der ZB in eine Filiale der Banco de la Nación angeordnet. Die ZB vertritt den Standpunkt, dass die Devisenreserven laut dem Gesetz Öffentlichen Notstand und Reform der Devisenbestimmungen Gemeingut für die Geldreserven und nicht pfändbar sind. Sie dürfen ausschließlich für die im Gesetz vorgesehenen Zwecke eingesetzt werden. Auch dürfen sie nicht beschlagnahmt werden.

Repsol YPF hat die Grosshandelspreise für Schmiermittel um 17%, die Endverbraucherpreise um 12% erhöht. Die meisten Erdölgesellschaften haben diese Preise in den letzten Tagen um durchschnittlich 14,6% angehoben, Shell bisher um 8% im Grosshandel. Die Erdölunternehmen erklären, dass die heimischen Lieferanten des notwendigen Verpackungsmaterials ihre Preise um 18% bis 22% erhöht haben und dass für die Raffinerie notwendige Chemikalien nun um 100% mehr kosten.

F. Solá, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, gab bekannt, dass der Haushaltsplan der Provinz für dieses Jahr eine 60%ige Verringerung des Defizits vorsehe, ohne dass es jedoch Entlassungen oder Gehaltskürzungen geben werde. Die Steuerhinterziehung soll hart bekämpft werden.

Der Regierungschef von Buenos Aires Stadt hat anlässlich der Eröffnung der ordentlichen Stadtparlamentssitzungen versprochen, dass es in der Stadt keine Steuererhöhungen geben werde. Er betonte den starken Rückgang der Steuereinnahmen und den erhöhten Bedarf an sozialen Hilfestellungen, denen entgegengekommen werden soll.

Statt Personal zu entlassen, will Renault Argentina 827 Arbeitnehmer durch 1 Jahr suspendieren und ihnen \$ 400 im Monat bezahlen, etwa die Hälfte der normalen Löhne. Ausserdem sollen ihre Sozialbeiträge weiter geleistet werden.

Nach Fertigstellung der notwendigen Infrastruktur durch die Konzessionäre kann das Zollfreigebiet von Paso de los Libres, Provinz Corrientes, in der kommenden Woche die Tätigkeit aufnehmen. Am 20. Februar hatte die Gruppe aus Tango Group, Armando Di Doménico, Aníbal Curotto, Sorribes y Asociados und Corralón el Faro den Zuschlag erhalten. Paso de los Libres ist ein strategischer Punkt im Mercosur, mit Strassenverbindungen nach Brasilien, Paraguay und Uruguay, der Brücke nach Uruguayana, Brasilien sowie einem Fluss-

fen und Flugplatz.

H. Binner, Bürgermeister von Rosario, will, dass der Passagierverkehr der Stadt wieder von dieser betrieben wird. Dazu wird er eine Gesetzesvorlage zur Schaffung des notwendigen Stadtunternehmens einbringen.

In ganz Argentinien mussten im Februar 27.500 Geschäfte schliessen. Dabei gingen weitere 80.000 Arbeitsplätze verloren. Die Ermittlung wurde vom Dachverband Fedecámaras bekanntgegeben, der feststellte, dass 65% dieser Schliessungen im Raum Gross Buenos Aires erfolgten. In den letzten 2 Monaten betrage die Anzahl der Pleite gegangenen Geschäfte 52.500. 2001 mussten 60.000 Kaufleute aufgeben, 00 waren es 45.000 und 99 35.000. Im vergangenen Monat sind Fedecámaras zufolge die Umsätze in den Einzelhandelsgeschäften um 80% unter jenen des Februar 01 gelegen.

Angesichts der unklaren Finanz- und Rechtslage haben die meisten Versicherungsgesellschaften die Ausgabe neuer Lebens- und Ruhestandsversicherungen eingestellt. Eines der Hauptprobleme ist die Einfrierung der Rücklagen. Da es den Versicherungsanstalten gesetzlich untersagt ist, Kredite aufzunehmen, wird erwohnen, ob sie nicht Darlehen gegen Hinterlage der eingefrorenen Beträge erhalten könnten.

Die ZB hat beschlossen, rechtlich verfügte Bankeinlagen aus den Rückzahlungsbestimmungen für eingefrorene Depositen auszuklamern. Das beziehe sich auf Beträge, die auf Anordnung eines Gerichtes hinterlegt worden seien.

Die ursprünglich von G. Soros gegründete IRSA-Gruppe hat ihre 49,9%ige Beteiligung an der Brazil Realty über Creedholdings an Cyrelo für US\$ 45 Mio. verkauft. Cyrelo ist bereits Besitzer der restlichen 50,1%. Damit stösst Irsa wie geplant nicht strategische Aktiven ab, nachdem sie im letzten Halbjahr 01 US\$ 54,8 Mio. Verlust hatte. Irsa soll sogenannte pesifizierte Schulden von \$ 180 Mio. haben und konnte die Zinsen für 2005 fällige Obligationen für US\$ 43,5 Mio. nicht überweisen. Die Banken haben die Zahlungsfrist zweimal verlängert. Einmal bis zum 31.1.02 und dann zum 27.3.02.

Während seines Argentinienbesuches hat EU-Kommissar Lamy mit argentinischen Behörden u.a. über die Wirtschaftslage und die europäischen Investitionen in Argentinien verhandelt. Mögliche zukünftige Investitionen würden vom Ergebnis der jetzigen Verhandlungen abhängen. Dazu müssten diese in einer annehmbaren Richtung geführt werden.

Die Wirtschaftsführung will Verhandlungen mit den privatisierten Dienstleistungsunternehmen beginnen. Es sollen Tarife, Indexierungen und andere Fragen behandelt werden.

Ein Referenzkurs für den Dollar

Für Geldbewegungen von US\$ 1 Mio. und mehr hat die ZB für den Markt einen Referenzkurs bestimmt, der unter der Notierung des von ihr frei genannten Dollarkurses liegt. Während am Montag, bei Einführung des Referenzkurses, der frei genannte Dollar zu \$ 2,15 schloss, schloss der Referenzkurs zu \$ 2,0083.

Dieser Kurs soll, wie in der ZB verlautete, auf Ansuchen der Banken geschaffen worden sein, die ihn für Terminabschlüsse für Getreide und andere, ähnlich gehandhabte Produkte, einsetzen wollen. Dieser, von der ZB errechnete Kurs soll wirklichkeitsnäher sein, als die bisher eingesetzten Referenzkurse, wie der Schlusskurs der Banco de la Nación. Er soll wie folgt errechnet werden:

An jedem Arbeitstag ermittelt die ZB online über das Siopel-System in nicht weniger als fünf Banken, zu welchen Kursen Dollar ge- und verkauft wurden. Es wird einmal zwischen 10 und 11 Uhr, dann zwischen 12 und 13 Uhr und schliesslich zwischen 14 und 15 Uhr angefragt. In allen Fällen werden ausschliesslich Dollargeschäfte für über US\$ 1 Mio. berücksichtigt. Zu Tagesschluss wird als arithmetisches Mittel der Notierungen der Referenzkurs des Tages errechnet, der noch am gleichen Tag der Presse und am nächsten über das Website der ZB bekanntgegeben wird.

Um zu verhindern, dass Banken falsche Angaben machen können, wird ihre Information exekutionsfähig. Damit ist gemeint, dass eine Bank, die einen verdächtig niedrigen Dollarkurs angibt, gezwungen ist, der ZB Dollar zu diesem Preis zu verkaufen.

Gezielte Kredite

Das Wirtschaftsministerium hat folgende Finanzmassnahmen angekündigt:

- Die Banco de La Nación wird besondere Kreditlinien für insgesamt \$ 1,06 Mrd. für bestimmte Tätigkeiten und Wirtschaftsbereiche zur Verfügung stellen. Die wichtigste davon werden \$ 400 Mio. zur Finanzierung von Ausfuhren sein. Mit weiteren \$ 200 Mio. soll Arbeitskapital für kleine und mittelständische Unternehmen bereitgestellt werden, \$ 70 Mio. für den Diskont von Kreditfakturen und knapp \$ 300 Mio. für verschiedene Bereiche der Landwirtschaft.

- Bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) wird um ein Darlehen von US\$ 200 Mio. für kleine und mittelständische Unternehmen angesucht, und bei der Internationalen Finanzkörperschaft, der Weltbanktochter für die Privatwirtschaft, ein Darlehen von US\$ 2 Mrd. für die Vorfinanzierung von Ausfuhren.

- Über die BICE (Banco de Inversiones y Comercio Exterior) sollen verschiedene Finanz-Treuhandgesellschaften für Vorfinanzierungen von Ausfuhren ins Leben gerufen werden. Als erste eine von US\$ 50 Mio. für die Milchwirtschaft und von weiteren US\$ 50 Mio. für Fleischausfuhren in Rahmen der Hiltonquote.

- Den Terminmärkten für Getreide und Ölsaaten wird gestattet, weiter in Devisen zu notieren.

- Die Frist um Schulden an die Finanzverwaltung mit Staatspapieren decken zu können, wird bis zum 31.3.02 verlängert.

Die Provinz Mendoza gab bekannt, dass sie die Zinsen ihrer Obligationen in der Höhe von US\$ 12,5 Mio. nicht bezahlen kann. Die entsprechende Obligation für US\$ 250 Mio. ist 07 fällig.

In einer Presseerklärung gab der Verband der Lkw-Frachtunternehmen Fedeac (Federación Argentina de Entidades Empresarias del Auto-transporte de Cargas) die Änderungen ihrer Selbstkosten in den ersten 45 Tagen dieses Jahres bekannt. Sie haben nach einer Buchprüfung um 17,49% zugenommen, ohne Berücksichtigung der kürzlich stattgefundenen Erhöhungen der Kraftstoff- und Schmiermittelpreise. Im Einzelnen kosten nun Reifen um 67,4% mehr, Reparaturen 69,7%, Rollmaterial 40%, Versicherungen 40% und Finanzkosten 16,4%. Die Preisverschiebungen und notwendigen Tarifanpassungen sollen

alle 45 Tage neu überprüft werden.

UE-Landwirtschaftskommissar Fischler gab eine Sonderbewilligung bekannt, damit Argentinien über seine Hiltonquote von 28.000 t Qualitätsrindfleischschnitten weitere 10.000 t in die EU liefern kann. Sie gilt für Juli 02/Juni 03. Argentinien hatte um weitere 24.000 t angesucht. Wegen des Maul- und Klauenseucheausbruchs im März 01 konnten rd. 8.000 t der letzten Hiltonquote nicht mehr verschifft werden. Durch den durch die Quarantäne verspäteten Lieferbeginn innerhalb der neuen Quote würden Argentinien insgesamt Ausfuhren von 16.000 t verloren gehen.

Der US-Finanzdienstleister Provident Financial Corporation hat ihre argentinischen Bankfilialen einem argentinischen Holding unter der Federführung des ehemaligen Citibank- und Argencarddirektors,

Carlos Fuks, verkauft. Fuks führt derzeit den Vorsitz von International Labels, einem Investmentfonds für das internationale Luxusbekleidungs-Geschäft.

Das Courtyard Hotel der Marriott Gruppe (Florida 900, Buenos Aires) arbeitet nun als Howard Johnson Hotel.

Die Provinz Salta hat mit Kuba ein Handelsabkommen unterzeichnet. Soja- und andere Bohnen aus Salta werden gegen Antibiotika, Impfstoffe und Krebsbekämpfungsmittel aus Kuba eingetauscht. Als Betrag wurde US\$ 1 Mio. genannt.

Durch Beschluss 10/02 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt von 5.3.02) wurde bestimmt, dass bei Tauschverträgen von Produkten für die landwirtschaftliche Produktion gegen Endprodukte der Landwirtschaft, die in Dollar abgeschlossen worden sind, der gleiche Wechselkurs verwendet wird, der bei der Abrechnung der Exporte der landwirtschaftlichen Produkte gilt.

Durch Beschluss 11/02 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt von 5.3.02) wurden die Zollpositionen bekanntgegeben, für die der Exportzoll von 10% gilt. Für die restlichen gilt ein Zollsatz von 5%, ausgenommen Erdöl und dessen Derivate, deren Exportzölle vorher festgesetzt wurden.

Durch Beschluss 19/02 des Produktionsministeriums (Amtsblatt vom 29.2.02) wurden Mindestpreise für den Import von Waschmaschinen mit einer Kapazität von bis zu 7 Kg. aus Spanien (Fagor Elctrodomésticos u.a.) und Italien (Marioni Elettrodoméstici u.a.) festgesetzt. (AT von 2.3.02) Diese Massnahme erfolgte auf Antrag der lokalen Firma Longvie, die eine Dumpingklage eingereicht hatte. Dabei wurden mehrere Exportgeschäfte aus Brasilien u.a. Ländern, die auch angezeigt worden waren, ausgeschlossen, da kein Dumping festgestellt wurde.

Sechs Provinzen sind mit ihren Bonds schon in Default geraten.

Nachdem die Regierung der Provinz Buenos Aries am 1.2.02 bekanntgegeben hat, dass das Sicherheitssystem beim Druck der Patacón-Titel aufgehoben worden ist, weil die schweizer Firma SICPA das Lieferungsprogramm nicht einhalten konnte, hat diese Firma in einer bezahlten Anzeige in der Zeitung „La Nación“ vom 3.3.02 geantwortet, dass die lokale Firma Cic-cone Calcográfica, die die Patacones druckt, die von SICPA gelieferte Tinte OVI, die weltweit patentiert ist und bei 70% der Weltwährungen verwendet wird, verdünnt hat, was vertraglich verboten ist und die Sicherheitswirkung gefährdet. SICPA hat Ciccone vorgeschlagen, eine direkte Inspektion der Tintenverarbeitung durchzuführen, um die korrekte Verwendung des OVI zu

Steuerreformen

Das Wirtschaftsministerium hat folgende, mittelfristig umzusetzende Änderungen im Bereich Steuer-eintreibung bestätigt:

- Eine Gesetzesvorlage, durch die die MwSt. für Getreide und Hüte auf 10,5% verringert wird. Diese Verringerung sei bereits in der Haushaltsvorlage 02 berücksichtigt.

- Aufnahme der Tätigkeit durch die bereits angekündigten drei neuen Steuergerichte.

- Massnahmen damit das Steuerinkasso durch Banken erweitert wird.

- Gesetzesvorlage damit, wie vom IWF geraten, Moratorien nur mehr durch ein Gesetz erklärte werden können.

- Eingliederung weiterer Finanzinformationen verschiedener Körperschaften in das gekreuzte Computer-Kontrollsystem.

- Überwachung der vom Zollamt bis in die Zolllager in Bewegung befindlichen Container durch Satelliten.

Die Kapitalisierung der Banco de Galicia

Die ZB hat den von der Banco de Galicia y Buenos Aires vorgelegten Plan zur Lösung ihrer Liquiditätsprobleme angenommen. Eine Gruppe von 13 ausländischen Banken, die Depositenversicherung Sedesa und einige argentinische Banken werden insgesamt \$ 1,5 Mrd. bzw. US\$ 670 Mio. einschliessen. Das entspricht etwa 25% des Aktienkapitals. Damit könnte die Führung der Bank, die derzeit E. Escasany innehat, in andere Hände übergehen. Diese Frage kann jedoch erst von der nächsten Generalversammlung beantwortet werden. Einer ZB-Quelle zufolge bestehe bei derselben keineswegs die Absicht, die Leitung der Bank, deren Hauptanteilseigner derzeit die Familien Escasany, Braun und Ayerza sind, zu ändern.

sichern, wogegen sich Ciccone gewehrt hat. SICPA weist auf die Gefahr hin, dass Ciccone das gleiche Fälschungsverfahren beim Druck der Pässe anwendet. SICPA ist auf alle Fälle nicht bereit, Tinte an Unternehmen zu liefern, die sie verdünnen.

Der angesehene Wirtschaftler Miguel Angel Broda hat errechnet, dass 44% der Bankdepositen bis Dezember nach und nach abgezogen werden könnten, was zu einem Überhang an Bargeld und zu einer Schrumpfung des Bankensystems führen würde.

Der Vorsitzende der Kommission für Arbeitsgesetzgebung der Deputiertenkammer, der Gewerkschafter und ehemaliger CGT-Vorsitzender

Ausnahmen aus der Pesifizierung

Durch Dekret 410/02 (Amtsblatt vom 8.3.02) wurden folgende Ausnahmen aus der Umwandlung von Dollar verfügt, auf die sich Paragraph 1 des Dekretes 214/02 bezieht:

a. Finanzierungen von Finanzanstalten, die sich auf Aussenhandelsgeschäfte beziehen.

b. Saldi von Kreditkarten, die sich auf Ausgaben im Ausland beziehen.

c. Depositen ausländischer Banken oder Finanzinstitutionen bei lokalen Banken, sofern diese in Kreditlinien umgewandelt werden, die auf 4 Jahre laufen.

d. Terminverträge und Optionsverträge, einschliesslich derjenigen, die in regulierten Märkten eingetragen sind, sowie die Konten, die ausschliesslich für diese Geschäfte bestimmt sind.

e. Private und staatliche Verpflichtungen, Geldbeträge in ausländischer Währung zu zahlen, bei deren Erfüllung ein ausländisches Gesetz angewendet wird.

f. Rückkauf von Quoten von Investmentfonds, die durch Gesetz 24.083 autorisiert sind, bezüglich jenes Teils des Vermögens derselben, das in ausländischen Aktiven angelegt worden ist, die effektiv im Ausland in Dollar oder anderen Währungen verkauft werden können.

Paragraph 4 bestimmt, dass Zertifikate für Beträge, die bei Steuern abgezogen werden können („certificados de crédito fiscal“), die im Rahmen der Dekrete 979/01, 1005/01 und 1226/01 in Dollar oder anderen ausländischen Währungen ausgeben worden sind, zu \$ 1,40 je Dollar umgetauscht werden, wobei dann der Wertberichtigungskoeffizient CER angewendet wird.

Paragraph 10 des Dekretes 214/02 wird durch folgenden ersetzt: „Die Saldi zum Abschluss der Geschäfte zum 1.2.02 der Dollarkonten der Finanzanstalten, die für die Mindestreserven berechnet werden, mit Ausnahme der Dollarnoten, werden zu \$ 1,40 umgetauscht.“

Paragraph 9 des neuen Dekretes bestimmt, dass die Verwalter von Investmentfonds befugt werden, Dollarbonds für die Depositen bei Banken zu fordern, auf die sich Paragraph 2 des Dekretes 214/02 bezieht. Dabei wird der Betrag auf US\$ 30.000 je Inhaber von Anteilen des Investmentfonds begrenzt, sofern die Anteile diesen Wert erreichen. Diese Option gilt für die Verwalter von Investmentfonds für 90 Tage.

Die Bestimmungen über „Pesifizierung“ sind derart konfliktgeladen, dass stets neue Bestimmungen erlassen werden müssen, womit das ganze System immer komplizierter und unverständlicher wird. Laut ZB-Präsident Mario Blejer erhält die ZB täglich um die 600 Anfragen, von denen allerdings viel gestandslos sind.

Dollarschulden des Staates an Banken werden in Pesos umgewandelt

Das Wirtschaftsministerium gab bekannt, dass die noch unter Wirtschaftsminister Cavallo mit einem Jahreszinssatz von 7% in Dollar garantierte Umschuldung staatlicher Verpflichtungen zum Wechselkurs von \$ 1,40 pro Dollar, in Pesos umgewandelt werden. Die neue Wirtschaftsführung will nun eine feste, sich verringere Zinsskala einführen. Allerdings wird für den Zeitraum vom 6.1.01, als die argentinische Regierung ihre Verpflichtungen einging, bis zum 3.2.02 der Zinssatz von 7% eingehalten. Von da an soll die neue Skala wie folgt angewendet werden:

- Für Schulden mit einer mittleren Laufzeit von 5 Jahren (immer ab dem 6.11.01) wird der Jahreszinssatz 3% betragen. Für durchschnittlich 5 bis 10 Jahre 4% und für mehr als 10 Jahre 5% im Jahr.

Die anfallenden Zinsen werden jeden Monat gezahlt und die Zahlungspläne für die Rückzahlungen sollen eingehalten werden. Bei Einlagen in Bonds mit einer Kapitalisierung auf mindestens fünf Jahre wird der kapitalisierbare Zinssatz 5,5% betragen.

Die Gläubigerbanken sollen dieser einseitigen Massnahme zugestimmt haben. Die privaten AFJP Rentenkassen haben hingegen erklärt, dass sie dagegen Rechtsschritte unternehmen würden. Die Pesifizierung sei ein Todesstoss für das private Rentensystem.

Die Rechtsfolgen dieser Lage könnten bedeutungsvoll werden, denn die Nichterfüllung der strengen Bedingungen der in garantierte Darlehen verwandelten Einlagen könnte die ursprünglichen Voraussetzungen der Bondszeichnungen wieder rechtsgültig machen.

Saul Ubaldini, erklärte, die Kammer werde das Gesetz über die Arbeitsreform der Regierung De la Rúa einer Reform unterziehen oder ganz ausser Kraft setzen. Dieses Gesetz stellt einen grossen Fortschritt dar und ist wohl die beste Leistung der Regierung von De la Rúa. Aber die Gewerkschafter wettern gegen das Gesetz, weil es die Macht der grossen Gewerkschaften

zum Teil auf die Unternehmensdelegierten verlagert und ausserdem ein System schafft, durch das die sogenannte „Ultraaktivität“ der Arbeitsabkommen aus dem Jahr 1975 schrittweise abgeschafft wird. Seinerzeit hatte Arbeitsministerin Patricia Bullrich schon Schritte in diesem Sinn eingeleitet, was jedoch nach ihrem Rücktritt nicht weitergeführt wurde, wobei der gegenwärtige

tige Arbeitsminister A. Atanasoff, als Gewerkschaftler der er ist, das Gesetz sabotiert.

Die Banco Nación hat letzte Woche die Einheit „Nación factoring“ geschaffen, um die Kreditrechnung, die im Rahmen der neuen Gesetzgebung von mittleren und kleinen Unternehmen ausgestellt und von grossen bestätigt worden sind, zu diskontieren. Der Zinssatz wurde auf 18% jährlich, angeblich ohn Wertberichtigung, festgesetzt.

Die Finanzkommission der Deputiertenkammer, unter dem Vorsitz von Rodolfo Frigeri (ehemaliger Finanzminister und vorherer Schatzsekretär, dann Wirtschaftsminister der Provinz Buenos Aires und danach langjähriger Präsident der Provinzbank) hat eine Reform des Gesetzes 25.361 in Angriff genommen, durch die ungedeckte Schecks für 180 Tage ab 1. Dezember wieder deponiert werden können, wobei die Bankprovision auf 0,50%, mit einem Höchstbetrag von \$ 500, beschränkt wird. Die Deputierten legten einen konkreten Fall vor, in dem bei einem zurückgewiesenen Scheck für \$ 244.293 eine Provision von \$ 12.217 (5%) bezahlt werden musste.

Pablo Challú wurde an Stelle von Hugo Miguens zum Staatssekretär für Konkurrenzschutz, Deregulierung und Verbraucherschutz ernannt. Chalid war jahrelang Geschäftsführer der Kammer der lokalen Pharmaindustrie CILFA und als solcher ein aktiver Lobbyist für die alte Patentgesetzgebung. 1989 war er unter Präsident Menem schon Staatskretär für Handel und Industrie gewesen.

Der Sadowa Schlachthof in Mar del Plata, der vor knapp einem Jahr wegen des Maul- und Klauenseucheausbruchs die Tätigkeit einstellen musste, arbeitet wieder.

S. Massa, der neue Interventor der Sozialverwaltung Anses, hat die Zahl der hohen Angestellten der Gehaltskategorien 1 und 2 von 200 auf 48 verringert. Mit 29 Jahren ist er der jüngste Funktionär der Regierung Duhalde.

Scotiabank, die 4.grösste Bank Kanadas, gab für ihr letztes Bilanzquartal einen 89,8%igen Gewinnrückgang bekannt. Als Grund wurden ausserordentliche Belastungen von USS 340 Mio. wegen der Lage in Argentinien bekannt gegeben.

Der verhaftete Vizepräsident der Banco General de Negocios, Carlos Rohm, soll wegen Geldverschiebungen angeklagt werden, die er mutmasslich nach Inkrafttreten der Depositeneinfrierung durchgeführt hat. Kläger sind die ARI-Abgeordneten Elisa Carrió und Graciela Ocaña und die Klage lautet auch auf Wirtschaftssubversion, bei Gefährdung der Wirtschaft des Landes. Das Gericht hat gegen ihn ein Embargo von \$ 100 Mio. verfügt.

Sein Bruder José, ehemaliger Präsident der Bank, wird als flüchtig bezeichnet.

Der Kfz-Herstellerverband Adefa gab für Februar den Absatz von 8.485 Kfz bekannt, um 45,3% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Es wurden 7.818 Kfz erzeugt, um 47,8% weniger als im Februar 01. Der Vergleich der letzten 2 Monate 01 mit den 2 ersten von 02 ergibt ein Minus von 56%, da die Ausfuhren im Januar beinahe eingestellt wurden. Im Februar wurden 8.543 Kfz exportiert und am Binnenmarkt 4.542 im Inland hergestellte Kfz abgesetzt. Damit beträgt der Gesamtabsatz vom Februar 13.085 Kfz, um 40% mehr als die Produktion.

Im Dezember und Januar haben 389.564 Argentinier ihren Urlaub im Ausland verbracht. Die Angabe stammt vom Statistikamt Indec, das in den Flug- und Schiffshäfen ermittelt hat. Im Vergleich mit der Vorjahressaison sind das um 35% weniger. 70% dieser Urlaubsreisen gingen in Mercosurstaaten und nach Chile, 13% nach Europa und 9% nach Kanada und USA. Nach Uruguay führen um 30% weniger Argentinier, nach Brasilien um 45% weniger. Die Flüge nach Kanada und den USA nahmen um 54% ab, die nach Miami um 56%.

Nach vorläufigen Angaben nahmen die Urlaubsreisen innerhalb Argentinens im Saisonsvergleich um 21% auf knapp über 7 Mio. ab. Die 1,83 Mio. Inlandsbesucher von Mar del Plata gaben im Januar im Tagesdurchschnitt \$ 27 aus, einschliesslich der Reisespesen, Ernährung, Übernachtungen und Unterhaltungen. Die Dauer der Urlaubsaufenthalte ging in von den Ballungsgebieten entfernten Gegenden auf durchschnittlich 7 Tage, an der Atlantikküste auf 3 bis 4 Tage mit bedeutenden Spitzen an den Wochenenden, zurück. Besonders im Zentralgebiet des Landes gab es erfreuliche Ausnahmen. Merlo, in San Luis, meldete 73.600 Besucher, mit um 3% mehr Übernachtungen als im Vorjahr. Bariloche hingegen hatte mit 81.286 um 24% weniger Besucher als im Vorjahr.

Das Textil- und Schuhwerkunternehmen Alpagatas nimmt ab Montag den Betrieb in der im Dezember 00 geschlossenen Schuhfabriken Catorca I und II wieder auf.

Schatzsekretär Lamberto, der gleichzeitig Senator ist, bleibt bis zum 8.4. im Amt, weshalb er im Senat um eine weitere Beurlaubung um 30 Tage angesucht hat. Er hatte das Amt als Staatssekretär für 60 Tage angenommen.

Die Firma Tradegrain gibt die Tätigkeit in Argentinien auf. Sie gehört der Farmland Industries Inc., USA, einer Farmergenossenschaft mit über 600.000 Mitgliedern, die ursprünglich von Schweizern gegründet worden war. In Argentinien war Tradegrain seit 1980 tätig und exportierte etwa 2 Mio. t Getreide für USS 200 bis 250 Mio. im Jahr. Nach Cargill, Bunge, Dreyfuss, ADM

IWF-Vertreter Anoop Singh begann Besprechungen

Der in Buenos Aires eingetroffene Leiter der IWF-Mission, Anoop Singh, hat sich eingehend mit den Zahlen des argentinischen Haushaltsplanes befasst. In einer ersten Annäherung hat er den vorweggenommenen Rückgang der argentinischen Wirtschaftstätigkeit um 4,9% als zu optimistisch bezeichnet. Diese Zahl müsse nach unten korrigiert werden, da dadurch auch die vorgesehenen Steuereinnahmen geringer sein werden.

In einer Unterredung mit Wirtschafts-Vizepräsident Todesca hob Anoop Singh einige seiner Zweifel bezüglich des mit den Provinzvertretern unterzeichneten Fiskalpaktes hervor. So sehe der IWF nicht, wie die 60%ige Verringerung des Fiskaldefizites, zu der die Provinzen laut dem Abkommen verpflichtet sind, auch garantiert werde. Auch beanstandete er, dass die Provinzregierungen weiter frei Bonds ausgeben dürfen.

Der indische Wirtschaftsexperte sprach auch mit ZB-Präsident Blejer. Er wolle wissen, wie die Umstrukturierung des Finanzsystems vorgesehen sei und was mit der Depositeneinfrierung geschehen wird. Der Präsident der argentinischen Zentralbank gab zu, dass noch viele der damit verbundenen Fragen ungeklärt seien. Hier stünden noch Verhandlungen mit den Banken aus. Er verpflichtete sich, dieselben rasch abzuwickeln.

Anschliessend hatte Anoop Singh Besprechungen mit mehreren Direktoren erster Banken. Dort kamen auch die gerichtlichen Vorladungen von Verantwortlichen einiger Banken zur Sprache.

(Archer Daniel Midland) und Toepfer international war sie der bedeutendste Getreideexporteur des Landes.

Die Wirtschaftsführung hat die Frist für den Tausch von Fristeinlagen in Peso- oder Dollarbonds bis zum 15.4. verlängert.

Mittels Dekret Nr. 413/02 (Amtsblatt vom 7.3.02) wurde Jorge E. Sarghini zum Staatssekretär für Fernverbindungen im Wirtschafts- und Infrastrukturministerium ernannt.

Mittels Dekret Nr. 414/02 (Amtsblatt vom 7.3.02) wurde Aldo O. Carreras zum Unterstaatssekretär für Berufsausbildung und -beratung im Sekretariat für Arbeitsbeschaffung des Ministeriums für Arbeit, Arbeitsbeschaffung und Soziale Sicherheit, ernannt.

Mittels Dekret Nr. 416/02 (Amtsblatt vom 7.3.02) wurde Eduardo Braun Cantilo zum Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau im Produktionsministerium ernannt.

Mittels Dekret Nr. 417/02 (Amtsblatt vom 7.3.02) wurde Eduardo J. Cassullo zum Unterstaatssekretär für Koordinierung im Produktionsministerium ernannt.

Mittels Dekret Nr. 418/02 (Amtsblatt vom 7.3.02) wurde Roberto J. Domenech zum Unterstaatssekretär für Ackerbau-, Viehzuchts- und Nahrungsmittelpolitik im Staatssekretariat für Landwirtschaft, Viehzucht, Fischfang und Nahrungsmittel des Produktionsministeriums, ernannt.

Mittels Dekret Nr. 419/02 (Amtsblatt vom 7.3.02) wurde Jorge Mayoral zum Unterstaatssekretär für Bergbau im Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau des Produktionsministeriums, ernannt.

Mittels Dekret Nr. 420/02 (Amts-

blatt vom 7.3.02) wurde Marcelo Quevedo Carrillo zum Unterstaatssekretär für Ackerbau- und Viehwirtschaft im Staatssekretariat für Landwirtschaft, Viehzucht, Fischfang und Nahrungsmittel des Produktionsministeriums, ernannt.

Die Hypothekenbank bietet vom 9. März bis zum 15. April 1.500 Wohnungen im Wert von \$ 40.000 bis \$ 52.000 an, die mit Zertifikaten für Fristeinlagen bezahlt werden können.

Die in der UAFJP zusammenschlossenen Privaten Rentenkassen bestehen darauf, dass die sogenannte Pesifizierung der garantierten Darlehen in ihren Portefeuilles das gesamte System gefährdet. In einer bezahlten Anzeige fordern sie die Regierung auf, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, widrigenfalls sie den Rechtsweg beschreiten würden.

Durch ihre Mitteilung A 3504 gestattet die ZB den Banken, zur Zahlung von Kreditkarten Lecop- oder Pataconbonds anzunehmen. Die Annahme ist nicht zwangsläufig und bleibt der Entscheidung der jeweiligen Bank vorbehalten.

Im Senat wurde eine Gesetzesvorlage eingebracht, mit der der Regierung untersagt werden soll, für Privatschulden Wechselkursversicherungen zu gewähren.

Azurix, der Konzessionär der Wasserver- und -entsorgung in weiten Gebieten der Provinz Buenos Aires ist von dem Konzessionsvertrag endgültig zurückgetreten. Da das Unternehmen von einer berechtigten Vertragskündigung und die Provinzregierung von einem Vertragsbruch ausgehen, wurde ein Dokument verfasst, in dem beide Teile ihren Standpunkt festhalten und sich weitere Schritte vorbehalten.

Die Kfz-Hersteller und die Regierung haben beschlossen, die Verhandlungen mit Staaten wie Mexiko und Brasilien über Kfz-Ausfuhren zu beschleunigen. Damit soll der Schrumpfung des Binnenmarktes entgegengewirkt werden. Präsident Duhalde versprach den Firmen, dass zur Erschliessung neuer Märkte wie Mexiko und Chile die Einbehaltungen auf Ausfuhrerlöse nicht durchgeführt werden.

Die Milchbauern haben ihre Proteste um höherer Preise von den Molkereien zu erhalten, verschärft. Die Zufahrten zu etwa 50 Molkereien wurden blockiert und Milch in Elendsvierteln verschenkt. Einige Supermärkte haben bereits Milchknappheit gemeldet.

Kabinettschef Capitanich bestätigte die Steuer für Unternehmen mit spezifizierten Dollarschulden. Sie soll einmalig sein, nur Unternehmen mit spezifizierten Schulden ab \$ 3 Mio. belasten und etwa 5% betragen. Mit dem Erlös soll ein Fonds zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen geschaffen werden. Die Gesetzesvorlage müsse noch von mehreren Parlamentskommissionen bearbeitet werden.

Die Mischung von Abwertung und Zahlungseinstellungen durch den Staat hat seit Mitte Dezember alle Ausschreibungen zum Stillstand gebracht. Dadurch muss unerlässliches Material direkt eingekauft werden. Am schwersten betroffen sind Krankenhäuser, Streit- und Sicherheitskräfte sowie alle Stellen, die laufend Papier, Reini-

gungsmittel usw. benötigen.

Die Lockerung der Bestimmungen über Konteneinfrierungen für Gehälter hat einen laufenden Depositionsrückgang mit sich gebracht. Im Februar nahmen die Bankeinlagen um \$ 4,6 Mrd. ab, davon \$ 1,5 Mrd. am 28.2. Da der Einlagenrückgang im Januar \$ 1,9 Mrd. betrug, kann die Lockerung für Gehaltskonten für \$ 2,7 Mrd. verantwortlich gemacht werden. Die Rediskonte für das Finanzsystem betrugen im Februar \$ 1,4 Mrd., um 31% mehr als im Vormonat. Der Banknotenumlauf legte mit \$ 1,9 Mrd. im Februar fast 20% zu. Der Verkauf von Bonds für \$ 500 Mio. durch die ZB brachte eine Zunahme ihrer Reserven mit sich.

Das Stahlunternehmen Siderate im 2. Halbjahr 01 US\$ 99,7 Mio. Verlust. Es war das grösste Minus in der Geschichte der Firma. US\$ 46,9 Mio. davon wurden durch die Investition in der venezuelanischen Sidor verursacht. Das Stahlunternehmen Siderca gab für die letzten 9 Monate US\$ 53 Mio. Gewinn bekannt.

Die Informatik, weltweit eine der dynamischsten Branchen, wird, so Microsoft, 02 in Argentinien halb so viel umsetzen wie im Vorjahr, das bereits Rückgänge verzeichnete. Software ging 01 im Vorjahresvergleich um 9% zurück, Hardware um 34% und Dienstleistungen um 4%. Für 02 werden bei Software -53%, Hardware -57% und Dienstleistungen - 46% erwartet.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Neue Exportsteuern

Mehrere Wochen lang verlautete aus Kreisen des Wirtschaftsministeriums, dass Exportsteuern im Visier seien. Danach vernahm man aus Washington, dass der Internationale Währungsfonds solche 5prozentige Steuern empfohlen habe. Vorher hatte Präsident Duhalde den Sprechern der Landwirtschaft versichert, dass keine Exportsteuern auf Agrarprodukte erhoben werden würden.

Ebenso wie mit der Versicherung des Präsidenten, dass die Depositionen in der vereinbarten Währung zurückgezahlt werden würden, was mit der nachfolgenden Pesifizierung zu \$ 1,40 je US\$ zunichte gemacht wurde, hat Wirtschaftsminister Jorge Remes Lenicov seinen Präsidenten Lügen gestraft, als er am vergangenen Montag nachmittag am Fernsehen in einer Pressekonferenz die neuen Exportsteuern ankündigte.

Wie erinnerlich, hatte der Kongress im Notstandsgesetz vor mehreren Wochen vorgeschrieben, dass die Rohölexporter mit einer Exportsteuer von 20% zu berappen seien. Dagegen erhoben die Sprecher der Branche erbost Protest, zumal die Inhaber der Erdöllager von San Jorge, Chubut, die wenig ergiebig sind, so dass bei Exportsteuern die Neuinvestitionen entfallen werden. Bei einem Weltmarktpreis von knapp US\$ 20 je Fass verbleibt nach Frachten und Exportsteuern zu wenig, um Investitionen in Bohrungen und dergleichen zu verantworten.

Indessen halfen die öffentlichen Proteste und Streiks der betroffenen Erdölarbeiter und -firmen nichts, nachdem der Präsident vom Rechtsanwalt Monner Sans vor Gericht verklagt worden war, weil er eine gesetzliche Bestimmung missachte. Die Exportsteuer wurde eingeführt und gilt ab 1. März. Möglicherweise wird die Förderung zurückgehen, so dass der nächstjährige Export darunter leiden wird. Demagogie gegen Erdölkonzerne musste sein, die stets als Bösewichte gehalten und denen happige Gewinne unterstellt werden.

Die anderen Exportsteuern sind gestaffelt. Getreide und dergleichen wird mit 10% besteuert, wobei Sojabohnen und Sonnenblumenkerne längst 3,5% Exportsteuern verrichten, so dass sie auf 13,5% steigen. Erdgas, Elektrizität, verarbeitete Agrarprodukte und reine Industriewaren werden mit 5% Exportsteuer zur Kasse gebeten. Die neuen Steuern wurden am nächsten Tag im Amtsblatt verkündet, so dass sie sogleich gelten. In Regierungskreisen hofft man auf Jahresbasis mit Steuereinnahmen von US\$ 1,5 Mrd., einschliesslich Erdöl, so dass bei \$ 2 je US\$ rund \$ 3 Mrd. herauskommen würden. Zum ersten Mal wurden die Exportsteuern auf grundsätzlich alle Waren erhoben und nicht mehr wie früher nur auf Agrarprodukte. Die verbleibende Diskriminierung bezieht sich auf höhere Sätze von 20% bei Erdöl und 10% bei Agrarprodukten gegen 5% bei allen anderen Waren.

Diese Sondereinnahmen, die laut Remes Lenicov vorübergehend seien (bis wann?) und gegebenenfalls gesenkt werden, sollten die Weltmarktpreise der Exportwaren fühlbar fallen, werden nicht zur Finanzierung des Defizits im Schatzamt eingesetzt, sondern zweckgebunden für neue Sozialleistungen bestimmt werden. Zusammen mit anderen Etatposten sollen 2 Mio. Arbeitslose, insbesondere Familienoberhäupter, Arbeitslosengelder von \$ 150 im Monat erhalten, damit sie über die

Runden kommen. Die statistisch ermittelte Zahl der sogenannten Armen, deren Einnahmen durchschnittlich unter dem Familienkorb liegen, wächst laufend mit der Schrumpfung der Wirtschaft in tiefster Depression und veranlasst die Regierung zur Linderung der Not.

Exportsteuern haben indessen auch eine inländische Wirkung als Dämpfer der Preise exportfähiger Waren. Die Geschichte zeigt, dass die Exportsteuern stets am Werk sind, wenn der Wechselkurs stark abgewertet wird, wie es gegenwärtig mit \$ 2 je US\$ der Fall ist, wogegen sie abnehmen oder gar verschwinden, wenn die Währung im Gleichgewicht oder aufgewertet ist, wie es ab 1991 der Fall war. Offenbar hat die Regierung ihr Wunschdenken eines Kurses von \$ 150/169 je US\$ aufgegeben, den Präsident Duhalde und Notenbankchef Blejer erwähnt hatten, bei dem sicherlich keine Exportsteuern eingeführt worden wären. Beim jetzigen Kurs haben sich diese volkswirtschaftlich anfechtbaren Steuern aufgedrängt, zumal der Präsident seinen Wirtschaftsminister bedrängte, ihm neue Steuereinnahmen für die Armenhilfe zu verschaffen, mit der sich die Präsidentengattin beschäftigt.

Auch wenn die Exportsteuern zweckbestimmt sind, werden sie zunächst beim Zoll zuhanden des Schatzamtes vereinnahmt und später wieder ausgegeben. Bis die Sozialprogramme tatsächlich umgesetzt werden, dürfte in Hinblick auf den traditionellen bürokratischen Schlendrian Argentinien einige Zeit verstreichen, auch wenn die Hungrigen nicht warten können. Hinzu dürfte kommen, dass sich bei der Verteilung der Armengelder stets Bürokraten und Politiker zwischenschalten, die ihren Teil in Gestalt von Verwaltungsspesen abspecken.

Mit den Exportsteuern hat die Regierung die dritte neue Steuer eingeführt, die seit Jahresfrist gilt. Zuerst war es im Vorjahr die sogenannte Schecksteuer von jetzt 0,6% auf alle Belastungen und Gutschriften von Bankkonten, gegen die jetzt keine Steuergutschriften möglich sind wie bis vor kurzem mit 58% der MwSt. und der Gewinnsteuer. Danach wurden die Arbeitgeberbeiträge auf 16% angehoben, neuerdings um 1% zusätzlich für das Rentnersozialwerk PAMI, nachdem sie gestaffelt je nach Provinz gesenkt worden waren. Hinzu kamen die Beiträge grosser Dienstleistungsunternehmen mit 20% der Lohnsummen. Die Exportsteuern runden das Bild vorerst ab, unbeschadet anderer Steueranhebungen wie unlängst auf Dieselöl. Mit den drei neuen Steuern sollen offenbar die katastrophalen Steuerausfälle wettgemacht werden, die Monat für Monat ausgewiesen werden.

Neue Dollarbonds

Die Regierung erpresst die Banksparer, deren Festgelder und Depositen bis auf drei Jahre zwangsmässig gestreckt worden sind, so dass gegenwärtig nicht darüber verfügt werden darf, indem sie ihnen erlaubt, Immobilien oder neue Kraftwagen zu erwerben. Das umständliche Verfahren hat sich noch nicht in konkreten

Käufen niedergeschlagen, die die Wirtschaft ankurbeln sollen.

Als weiterer Ausweg aus der Depositeneinfrierung hat sich die Wirtschaftsführung die Anlage in neue Bonds, genannt Bonus, einfallen lassen. Bis \$ 30.000 je Einleger dürfen zwei Dollarbonds und ein Pesobond erworben werden. Ein Dollarbond läuft zehn Jahre,

wird in acht Halbjahresquoten nach zwei Jahren Karenz getilgt, so dass die durchschnittliche Dauer sechseinhalb Jahre beträgt. Die Bonds wird mit 2% per annum verzinst.

Der zweite Dollarbond läuft ebenfalls auf zehn Jahre, wird aber mit dem Liborsatz plus 1% verzinst, weil er wie die Nullkuponbonds in USA nach Ablauf verzinst und getilgt wird. Die Laufzeit beträgt somit volle zehn Jahre. Der Pesobonds gilt für fünf Jahre bei Durchschnittslaufzeit von 2,87 Jahren, der Zinssatz beträgt 3% und wird im Quartalsrhythmus bezahlt, ebenso die Tilgungen nach einem Jahr Karenz.

Die Reaktion der Depositeneinhaber muss abgewartet werden. Wer die Bonds zeichnet und einen Schutzrekurs gegen die Einfrierung eingereicht hat, muss zu nächst hierauf verzichten. Der Oberste Gerichtshof hat, wie normalerweise, die Depositeneinfrierung schlechthin als verfassungswidrig eingestuft, so dass die Einleger hoffen dürfen, dass die Richter den Banken vorschreiben, die eingefrorenen Depositen auszuzahlen. Wer diese Hoffnung hegt, dürfte nicht auf die Erpressung der Regierung eingehen.

Wer trotzdem Bonds zeichnet, möglicherweise langfristige Investoren wie die Rentenkassen AFJP, muss sie behalten, weil sie am Markt sicherlich mit gewaltigem Diskont gehandelt werden. Für sonstige Investoren dürften sich dabei interessante Anlageobjekte herausbilden, indem die Bondverkäufer die Verluste hinnehmen, um liquide zu sein. Das hängt von der Einstellung einzelner Sparer ab, die allgemein nicht eingeschätzt werden kann. Die Erfahrung wird bald zeigen, ob und wieviele Bonds welcher Klasse gezeichnet und abgestossen werden, damit sich ein Markt bildet. Unterdessen gilt die Erpressung der Regierung gegen unschuldige Sparer, die nicht wie andere im Vorjahr mit US\$ 24 Mrd. ihre Einlagen abgehoben haben und ins Ausland geflüchtet sind, was zur gegenwärtigen Finanzkatastrophe geführt hat.

Die drei Bonds sollen die Neuverschuldung der Regierung nicht anheben, weil sie gegen die garantierten Wechsel ausgetauscht werden sollen, die die Banken halten, wo die Depositen in Bonds angelegt werden. Die Sparer finanzieren somit nicht mehr die Banken, sondern die Regierung.

Die garantierten Wechsel in US\$ wurden im November 2001 für rund US\$ 52 Mrd. in der bis-

her grössten Tauschaktion gegen bestehende Bonds der argentinischen Finanzgeschichte umgewechselt und mit der Garantie der Steuereinnahmen, zumal der Schecksteuer, versehen. Die Auslandsbonds sollten in einer zweiten Phase ebenfalls umgetauscht werden, welche Alternative nach der Zahlungseinstellung, genannt default, immer noch aussteht.

Minister Remes Lenicov hat gleichzeitig mit der Ankündigung der neuen Bonds seine bisherige Politik gegenüber den garantierten Wechseln grundlegend geändert. Vor einigen Wochen hatte er angekündigt, dass diese Wechsel freiwillig von den Inhabern pesifiziert werden könnten, wogegen diese Pesifizierung zum Kurs von \$ 1,40 je US\$ jetzt zwangsmässig verordnet worden ist, allerdings mit der Auflage, dass die Wechsel danach mit der Indexierung CER der Inflation angepasst werden.

Die Wechselinhaber dürfen freilich diesem Befehl entgehen, indem sie von der Klausel des Tauschgeschäftes Gebrauch machen, nach der sie die früheren Bonds zurückverlangen, weil die Bedingungen des Tausches geändert worden sind. Die Zwangspesifizierung ist eine deutliche Missachtung der Tauschbedingungen. Die Verwalter der Rentenkassen AJFP haben bereits angekündigt, dass sie am Gerichtsstand New York gegen diese Zwangspesifizierung Klage gegen die Regierung erheben werden, weil sie mehr als 8 Mio. Mitgliedern (Arbeitnehmer und Selbstständige) einen angenommenen Verlust von jetzt rund US\$ 8 Mrd. Sparkapital einbringen und ihre künftigen Renten schmälert. Wer trotzdem mitmacht, spekuliert mittelfristig, dass die Inlandsinflation, gemessen am CER, höher als die Abwertung gegen den US\$ ausfällt, wogegen andere eine höhere Abwertung oder gar eine Hyperinflation befürchten, so dass sie ihre Wechsel in alte Bonds umtauschen, die in US\$ nominiert sind. Wer sich dergestalt verhält, muss freilich fürchten, dass die alten Bonds der zweiten Phase der Umschuldung zum Opfer fallen, die möglicherweise mit einem Kapitalschnitt, niedrigeren Zinssätzen und längeren Laufzeiten einhergehen dürften, während es anders als bei den Wechseln weiterhin handelbare Bonds in US\$ sein werden, die im Streitfall dem New Yorker Gerichtsstand unterstellt sind (die Wechsel werden im Konfliktfall den argentinischen Gerichten vorgetragen). Wer die Wahl hat, hat die Qual.

Fiskaleinnahmen im Februar um 20,3% unter Vorjahr

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im Februar mit \$ 3 Mrd. um 20,3% unter dem gleichen Vorjahresmonat (was \$ 763 Mio. ausmacht) und um 12% unter Januar. Da Januar schon um 19,1% unter dem Vorjahr lag, kam das erste Bimester um 19,7% unter der gleichen Vorjahresperiode zu stehen. Dezember 2001 hatte schon mit nur \$ 2,82 Mrd., dem niedrigsten Stand des letzten Jahrzehnts, einen Rückgang gegenüber Dezember 2000 von 28,3% ausgewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen, die erst seit Juli 2001 besteht, im Februar \$ 286,6 Mio. ergeben hat.

Nachdem das Budget 2002 davon ausgeht, dass die Fiskaleinnahmen in Nennwerten gleich hoch wie 2001 sein werden, bereitet dieser Rückgang grosse Sorgen. Auf das ganze Jahr bezogen würde ein Minderertrag von 20% über \$ 7 Mrd. ergeben, der zum vorgesehenen Defizit von \$ 3 Mrd. hinzukommen würde. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Regierung schon verfügt, dass die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen nicht mehr teilweise gegen die MwSt. verrechnet werden darf, und dass die Verringerung des Mehrwertsteuersatzes, die für abgelegene Gegenden galt, aufgehoben wurde, wobei auch die Abschaffung dieses Beitrages für Unternehmen, die Konkurrenzfähigkeitsabkommen abgeschlossen hatten, rückgängig gemacht wurde.

Jetzt sucht die Regierung verzweifelt nach neuen Steuereinnahmen. Letzte Woche wurde die Exportsteuer bekanntgegeben. Dann war die Rede von einer Sondersteuer auf die Gewinne privatisierter Unternehmen. Das wurde jedoch fallen gelassen, einmal, weil dies gegen die Verträge und die Verfassung verstösst, und dann wohl auch, weil die Gewinne dieser Unternehmen normal sind und bei weitem nicht der Vorstellung von Politikern entsprechen, die stets von horrenden Gewinnen gesprochen haben. Ausserdem sind sie in den meisten Fällen in letzter Zeit abrupt gesunken, so dass die zwei grossen Telefonunternehmen und auch Stromerzeuger und Eisenbahnunternehmen Verluste ausweisen. Jetzt ist die Initiative aufgenommen, eine Sondersteuer auf grosse „pesifizierte Passiven“ zu erheben, womit der Staat einen geringen Teil des Verlustes wieder einnehmen würde, den er erleidet, weil die Dollardepositen bei Banken zum Kurs von \$ 1,40 in Pesos umgewandelt werden, während für Dollarschulden ein Kurs von eins zu eins angewendet wird. Allein, Präsident Duhalde will den Erlös dieser neuen Steuern für soziale Zwecke bestimmen, so dass dies auch nicht zur Lösung des Budgetproblems beiträgt, dessen Tragweite der Präsident offensichtlich nicht erfasst hat.

Die MwSt. ergab im Februar knapp über einer Milliarde Pesos, um 23,8% unter dem gleichen Vorjahresmonat. Dabei lag die vom Steueramt kassierte MwSt. um 19,4% niedriger und die vom Zollamt einbehaltene MwSt. war um ganze 50,1% geringer als im Vorjahr, wobei auch die Rückgabe der MwSt. an Exporteure um 62,2% abnahm. Die Entwicklung der MwSt. spiegelt den Schlag wider, der der Wirtschaft durch die Einfrierung der Depositen verabreicht worden ist.

Die Gewinnsteuer ergab \$ 468,7 Mio., um 38,3% weniger als im Vorjahr und um 24,7% unter Januar dieses Jahres. Dies ist eine Folge des drastischen Rückgangs von Unternehmensgewinnen und persönlichen Einkommen. Da die Vorschüsse, die 2001 bezahlt wurden, auf den meistens höheren Einkommen des Jahres 2000 beruhen, haben viele Steuerzahler Überschüsse, die sie dieses Jahr verrechnen, was den Erlös aus dieser Steuer noch mehr schmälern wird.

Die persönlichen Beiträge zum staatlichen Pensionierungssystem lagen um 49,9% unter dem Vorjahr. Die Einnahmen aus persönlichen Beiträgen an das private Rentensystem nahmen im 60,4% ab. In beiden Fällen ist dies auf Verringerung des Beitrages von 11% auf 5% zurückzuführen. Hingegen nahmen die Unternehmerbeiträge nur um 5,2% ab, was auf die Abschaffung der niedrigeren Sätze für entlegene Gebiete zurückzuführen ist. Sonst wäre auch hier der Rückgang viel grösser gewesen.

Die einzige Zunahme gegenüber dem Vorjahr besteht bei Dieseltreibstoff, nämlich um 39,2%, da hier die Steuer kräftig erhöht worden ist. Indessen liegen die Einnahmen hier um 25,6% unter Januar, was auch den Konjunkturrückgang widerspiegelt. Bei der Benzinsteur er-

gibt sich indessen eine umgekehrte Lage: gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang von 15,1% festzustellen, gegenüber dem Vormonat jedoch eine Zunahme von 13,1%. Das hängt mit den Ferien zusammen, da Benzin für Automobile verwendet wird, während Dieseltreibstoff mehr mit produk-

tiven Tätigkeiten zusammenhängt. Der Rückgang der Einnahmen betrifft die Nationalregierung stärker, nämlich mit 29,4%, während das soziale System nur 10,7% weniger erhält und die Provinzen nur 13% weniger, da sie einen festen Betrag erhielten, der eben um diesen Prozentsatz gekürzt wurde.

Aufhebung der Steuerblockierung

1994 wurde auf Anraten von Carlos Silvani, damals Steuerfachmann im IWF, ein System eingeführt, durch das das Steueramt keine legale Befugnis hat, vergangene Steuererklärungen zu prüfen, sofern die letzte korrekt war. Dabei sieht das diesbezügliche Dekret vor, dass eine Abweichung von 5% geduldet wird, da man annehmen kann, dass es sich dabei um Auslegungsfragen handelt, bei denen es Differenzen geben kann. Silvani hatte schon veranlasst, dass das gleiche System in Mexiko u.a. Ländern eingeführt wurde.

Dieses als „Blockierung“ bekannte System erlaubt Vermögensweisswaschungen, indem die

vorletzte oder noch ältere Erklärungen korrigiert und ihnen neue Vermögenswerte einverleibt werden, wobei dann die letzte korrekt ist. Allerdings muss der Steuerzahler dann weiterhin korrekte Erklärungen abgeben, was der Sinn der Massnahme ist, da sonst die Blockierung aufgehoben wird und das Amt dann die nicht verjährten letzten sechs Jahre (bis vor kurzem waren es fünf) prüfen kann. Wer von dieser Weisswaschungsmöglichkeit Gebrauch gemacht hat, gerät dann in Schwierigkeiten, da dies zu einer Selbstanzeige wird und er auf dieses Vermögen die Gewinnsteuer plus Zinsen und Bussen zahlen muss.

In der Praxis wurde von dieser

Blockierungsmöglichkeit sehr wenig Gebrauch gemacht. Offensichtlich haben die Steuerzahler das Risiko als zu gross eingestuft. Man hätte eben die Abweichungsmöglichkeit von 5% auf 20% steigern müssen, um das System wirklich interessant zu machen. Das Steueramt hätte dabei verdient, da das legalisierte Vermögen dann zusätzliche Steuereinnahmen schafft, sowohl bei der Vermögenssteuer, wie eventuell auch bei der Gewinnsteuer.

Wirtschaftsminister J. Remes Lenicov hat jetzt indessen angekündigt, dass dieses System abgeschafft wird. Er hat sich dabei von Steuerbeamten überzeugen lassen, die stets gegen diese Blockierung eingestellt waren, weil sie prinzipiell gegen Weisswaschungen Stellung nehmen. Es ist eine reichlich wirklichkeitsfremde Einstellung; aber Bürokraten sind nun einmal so.

In Argentinien ist es relativ einfach, Vermögen verschwinden zu lassen und ins Ausland zu verschieben; aber schwarzes Vermögen nach Argentinien zu bringen und ihm einen völlig legalen Sta-

tus zu verleihen, ist äusserst schwierig. Gewiss wäre die wirtschaftliche Lage nicht so verfahren, wenn ein Teil des Auslandsvermögens von Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, zurückgekehrt wäre und als Bankdepósitos oder sonstwie angelegt worden wäre. Es hat jedoch der Mut gefehlt, diese Möglichkeit zuzulassen, so dass diese Vermögen im Ausland verbleiben. Umso mehr, wenn jetzt die einzige Legalisierungsmöglichkeit abgeschafft wird.

Absatzrückgänge im Februar 2002

(In % gegenüber Februar 2001)

Teppiche und Verkleidungen	-45
Bazar- und Geschenkartikel	-50
Bijouterie	-32
Schuhwerk	-35
CDs und Kassetten	-30
Sportartikel	-40
Elektr. Haushaltsgeräte	-50
Arzneien u. Apothekerwaren	-30
Eisenwaren	-53
Baumaterial	-60
Blumen und Pflanzen	-40
Bekleidung	-25
Weisswäsche	-50
Spielzeug	-66
Kfz-Reifen	-50
Wohnungsmobilar	-55
Büromöbel	-70
Parfümerieartikel	-30
Restaurants	-60
Kaffeehäuser und Bars	-45
Konditoreien	-44
Nahrungsm. u. Getränke (Grosshandel)	-30
Kfz	-55
Immobilien	-95

Quelle: Came

PREISENTWICKLUNG										
Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr										
Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise allgemein		Grossistenpreise: national				Baukosten	
	I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
2001										
Januar	0,1	-1,5	-0,1	1,2	2,6	-0,6	-2,6	6,1	0,1	-2,8
Februar	-0,2	-1,7	0,1	0,4	0,0	-0,4	0,4	2,4	-0,1	-2,9
März	0,2	-1,0	-0,7	-0,4	-0,2	-0,7	0,3	0,6	0,4	-2,5
April	0,7	-0,2	-0,2	0,3	-0,4	-1,2	-0,4	0,9	-0,2	-2,0
Mai	0,1	0,2	0,1	-0,6	-0,1	-1,3	2,1	1,1	0,0	-1,7
Juni	-0,7	-0,3	-0,4	-1,6	-1,6	-2,8	-0,3	0,6	-0,1	-0,7
Juli	-0,3	-1,1	-0,3	-1,8	0,3	-2,6	1,0	0,9	-0,1	-0,3
August	-0,4	-1,2	-0,5	-2,5	-1,6	-3,9	-2,0	-0,9	-0,8	-1,0
September	-0,1	-1,1	-0,5	-4,1	-0,6	-3,7	-4,6	-7,5	-0,5	-0,7
Oktober	-0,4	-1,7	-1,5	-5,7	-0,4	-4,0	-1,9	-11,9	-0,2	-0,4
November	-0,3	-1,6	-1,4	-6,9	-0,1	-4,6	-0,4	-9,0	-0,2	-0,8
Dezember	-0,1	-1,5	-0,1	-5,3	-3,1	-7,5	-1,2	-8,3	-0,1	-0,5
2002										
Januar	2,3	0,6	6,8	1,0	1,4	-6,2	15,0	7,0	2,7	2,3
Februar	3,1	4,0	11,0	12,1	3,3	-3,1	13,1	20,7	5,5	7,9

Quelle: INDEC